

# revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

ausgabe  
nummer **36**

Oktober / November 2007

**Privatisierung des St. Annenstiftes**

**Straßenumbenennung der Ernst-Meyer-Allee**

**Kommunalpolitik will Zuschüsse zu Lernmaterialien**

**Endlager Kampagne  
der Anti-AKW-  
Bewegung**

**Gute Zeiten, schlechte  
Zeiten**

- Lokales
- Provinzielles
- Meldungen



## INHALT

Privatisierung des St. Annenstiftes Ganz toll - Führer erhielt Zuschlag . . . . .	Seite 03
Straßenumbenennung der Ernst-Meyer-Allee . . . . .	Seite 05
Kommunalpolitik will Zuschüsse zu Lernmaterialien Ein Herz für Kinder? . . . . .	Seite 08
Landesarmutskonferenz kritisiert Bildungspolitik Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes gefordert . . . . .	Seite 10
Endlager Kampagne der Anti-AKW-Bewegung Hört auf, Atommüll zu produzieren . . . . .	Seite 11
30 Jahre Widerstand gegen Gorlebener Atomanlagen "Möglichst dicht an der Zonengrenze" . . . . .	Seite 12
Gute Zeiten, schlechte Zeiten . . . . .	Seite 13
Lokales - Meldungen . . . . .	Seite 14
Neue soziale Bewegungen in Celle (3) Hochsicherheitstrakt Celle (1) "Die Zellentüren sind luftdicht. Die Zelle ist still." . . . . .	Seite 17
Literatur Neue Studie Rechtsanwälte im Nationalsozialismus . . . . .	Seite 21
Warum urteilen Menschen rassistisch? Veranstaltung mit Thomas Kliche . . . . .	Seite 22
Berliner Compagnie - Das Blaue Wunder Ein Theaterstück über die aufhaltsame Privatisierung des Wassers . . . . .	Seite 22
Termine im Kino achteinhalb . . . . .	Seite 23
Termine . . . . .	Seite 23

## Hallo Zusammen,

nachdem an unseren öffentlichen Sitzungen am jeweils ersten Montag jeden Monats der Andrang doch eher mau



war, eigentlich gar nicht vorhanden, denken wir, es besteht wohl kein Bedarf. Ist auch gar nicht schlimm. Wir machen es einfach, wie bisher: wenn ihr uns was mitteilen wollt oder einen Artikel oder Leserbrief für uns habt, dann schickt ihr ihn einfach, wie gehabt, an unsere Postadresse oder mailt uns.

Schöne Grüße an N. aus M., wir haben deine Nachricht bekommen, danke dafür.

Viel Spass beim lesen wünscht

Eure revista-Redaktion

### Liebling der Ausgabe:

1. (-) Gert-Wilhelm Gonell,  
Sanierer.
2. (-) Christian Riebandt,  
Ahnungsloser.
3. (-) Frank Pillibeit,  
Saubermann.
4. (-) Michael Regehly,  
Verdiener.
5. (-) Thomas Adasch,  
Gutausseher.

### **Impressum:**

Revista, Nr.36  
Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro).

Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle

email: [Revista@gmx.de](mailto:Revista@gmx.de) .V.i.S.d.P.: Ralf Hübner

Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001

K-Nr.: 108 099 698, Stichwort "Revista"

Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!

<http://mitglied.lycos.de/Revista/>

## Ganz toll - Führer erhielt Zuschlag

Nach jahrelangem Hin und Her übernahm die Unternehmensgruppe Burchard Führer zum 1.9.2007 das St. Annen-Schulze-Stift in der Blumlage - für einen Kaufpreis von 1,4 Mio. EUR, bei einem Buchwert der Liegenschaft von knapp 2 Mio. EUR.

Die Unternehmensgruppe aus Adelheidsdorf gehört zu "den ganz Großen" in der privaten Pflegebranche: Mitte 2007 betreibt sie 29 Einrichtungen der Seniorenpflege und 4 ambulante Pflegedienste; etwa 1900 Beschäftigte nennt sie ihr eigen. Zuletzt kaufte sie im März 2007 in der Region Hannover die drei Pflegeheime in Laatzen, Burgdorf und Springe-Altenhagen. Groß geworden ist Burchard Führer in der Goldgräberzeit nach dem Anschluss der DDR in den 90er Jahren. Der Großteil seiner Seniorenheime liegt entsprechend im Osten der Republik. 1992 hatte die Unternehmensgruppe einen Umsatz von 10 Mio. EUR, 14 Jahre später waren es bereits 65 Millionen.

Es ist schon fast bizarr, wie am Ende einer fast 12jährigen Entwicklung fast Alle die komplette Privatisierung eines ehemals städtischen Alten- und Pflegeheimes für ganz klasse "abfeiern": vom Betriebsrat bis zu Führer, von den BewohnerInnen bis zum Oberbürgermeister, von ver.di bis zu den Stadtratsfraktionen.

Hier einige Stationen der Entwicklung:

- 1995 werden die damaligen städtischen Alten- und Pflegeheime in die Celler Heimstiftung (CHS) überführt - eine Art kleine Privatisierung, eben in eine Stiftung, aber nicht an einen privaten Investor. Die CHS erhält die Vermögenswerte, Grundstücke und Häuser, aber auch gut 8 Mio. DM(!) an Alt-

Kredit. Für den Fall der Insolvenz übernimmt die Stadt die Bürgschaft. CDU, FDP und WG fädeln den coup ein und sind begeistert, SPD und Grüne bemängeln die unzureichende Finanzausstattung. Und der damalige Kämmerer Gert-Wilhelm Gonell ist 8 Mio. DM an Schulden "los". Geschäftsführerin der CHS wird die damalige Sozialdezernentin Sigrid Maier-Knapp-Herbst. Was sie und ihre VorstandskollegenInnen treibt, sich auf diesen Deal einzulassen, entzieht sich unserer Kenntnis. Immerhin muss die CHS bei einem angenommenen Zins- und Tilgungssatz von 5 % stolze 400.000 DM - in heutiger Währung 200.000 EUR - auf Jahre nur für die Altschulden-Finanzierung aufbringen. Ein fetter Mühlenstein am Hals der CHS.

- Von 1999 bis 2001 wird das Hehlentorstift an der Harburger Straße komplett renoviert und in einen "Topp-Zustand", so Gonell 2006, versetzt mit 62 Einzelzimmern und 17 Doppelzimmern. Die Renovierung ist dann wesentlich teurer als ursprünglich geplant; die Rede ist von einigen Mio. DM. Frau Maier-Knapp-Herbst wird fürs Missmanagement verantwortlich gemacht und im Jahr 2001 hochgelobt - nach Hannover zur Klosterstiftung. Nachfolger wird Gert-Wilhelm Gonell und auf mal hat er die 8 Mio. DM Kredit wieder am Hals

- Saniert wird auf Kosten der Beschäftigten und der BewohnerInnen. Die hauseigenen Küchen werden geschlossen, die Belieferung erfolgt nun über die Küche des AKH - dahin ist ein Großteil der Frische, der Qualität und der Individualität des Essens. Die Beschäftigten zahlen mit ihrem



Lohn. Über 5 Jahre gibt es keine Lohnerhöhung, so die Betriebsratsvorsitzende Angelika Bessert (Cellesche Zeitung, 15.10.07). Im Jahr 2001 steigt die CHS aus dem Tarifvertrag BAT aus - zunächst nur für neu Angestellte. 2006 sind es bereits 40 % der etwa 140 Beschäftigten der CHS, die nicht mehr nach BAT bezahlt werden.

- Im Februar 2006 geht Geschäftsführer Gonell frontal auf die Beschäftigten los: er kündigt die Umwandlung der CHS in eine GmbH an. Ziel ist es, alle Beschäftigten nach 1 Jahr Bestandsschutz aus den BAT- Tarifvertrag zu drängen, Weihnachts- und Urlaubsgeld zu streichen, den Urlaub auf 24 Tagen zu kürzen, die Arbeitszeit zu verlängern. Ziel ist es, dadurch 250.000 EUR jährlich bei den Beschäftigten einzutreiben. (CZ, 14.2.06)

- Doch die Ereignisse fangen an, sich zu überschlagen. Im Dezember steht die CHS am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Die Stadt muss kurzfristig die Quartalsrate für Zins und Tilgung in Höhe von 51.600 EUR (s. unsere obige Berechnung) übernehmen. Seitdem schwebt über der CHS die Insolvenz und über der Stadtverwaltung die Bürgschaft. Im März 2007 vermeldet die Cellesche erleichtert, dass die Übernahme der CHS durch die Lobetal-Arbeit "so gut wie in trockenen Tüchern" sei und beruft sich auf Geschäftsführer Gonell. Zwei Tage später winkt Lobetal ab.

- Ende Juni platzt dann die Bombe: Geschäftsführer Gonell und Oberbürgermeister Martin Biermann kündigen die Schließung des St. Annenstiftes innerhalb eines Jahres an; 85 BewohnerInnen haben sich eine neue Bleibe zu suchen und 65 Beschäftigte eine neue Stelle. Die CHS soll nur noch das Hehlentorstift betreiben und die Schulden werden von einer Bank auf die andere, auf die Sparkasse, umgeschichtet. Die Ratsparteien bzw. Ratsfraktionen nicken ab, die Grünen enthalten sich. Alle machen auf Mitgefühl mit der schwierigen Situation für die älteren Menschen. Als dann noch bekannt wird, dass Gonell Verkaufsverhandlungen mit dem "Weißen Ritter"(\*) Burchard Führer platzen lässt, wenden sich Wut, Trauer und Entsetzen in Gegenwehr: Die BewohnerInnen hängen tagelang große Transparente von ihren Balkonen; Inhalt: "Wo bleibt unsere Würde? Wir wollen hier nicht weg". Innerhalb kürzester Zeit sammeln HeimbewohnerInnen und die Gewerkschaft ver.di über 2000 Unterschriften. Am Rande sei hier vermerkt, dass es Herrn Gonell nicht zu blöd war, zu versuchen die Transparente wieder abhängen zu lassen. Er mußte feststellen, dass auch ältere Menschen ihre Meinungsfreiheit verteidigen können.

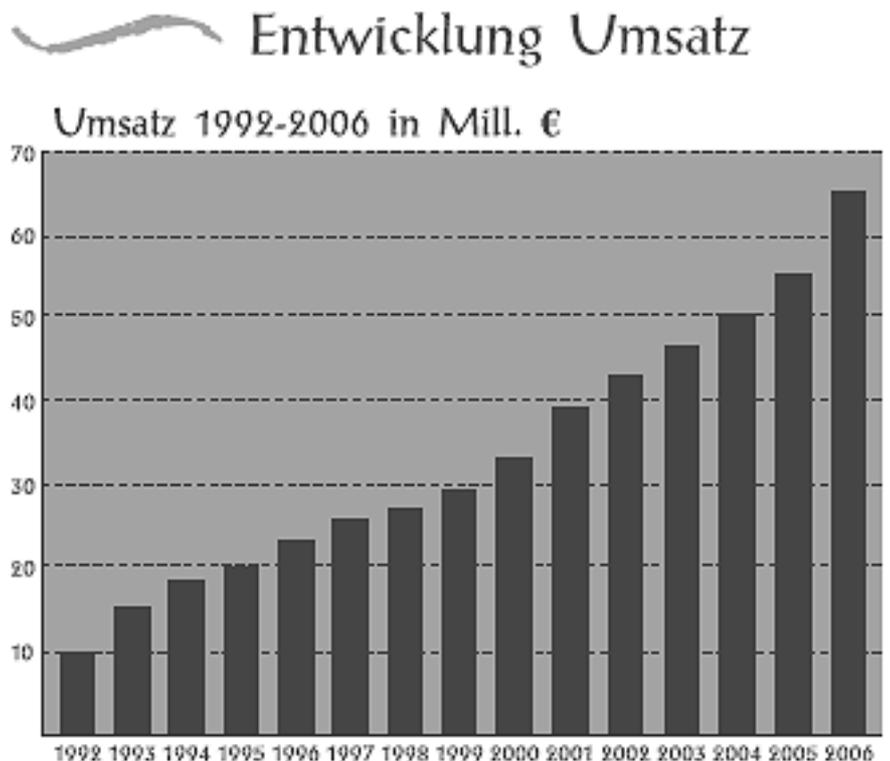
Was dem Weißen Ritter über Jahre verwehrt wurde, ging dann auf mal ganz schnell - vorbei die kolportierten persön-

lichen Animositäten zwischen Gonells und Führers, das Pokern hatte ein Ende. "Führergruppe kauft St. Annenstift", titelte die Cellesche Zeitung am 21.08.07. Der Heimbetrieb soll weiterlaufen und Führer will 1,5 Mio. EUR investieren. Und die Beschäftigten? 60 von 65 Beschäftigten sollen übernommen werden, vorbei ist es mit dem BAT; bei Führer gibt es "in Zukunft weniger"; nach einem Jahr Bestandsschutz gibt es dann "seine Haustarifsstruktur".

Was vor 12 Jahren mit der Halb-Privatisierung begann, ist nun endlich beendet. Und kaum ein Mensch redet mehr davon, das eine Kommune vielleicht auch in der Pflege und Betreuung, im Wohnen von älteren Menschen so etwas wie Vorbildfunktion haben könnte, dass die Kommune Maßstäbe setzen müsste, wie ältere Menschen im Alter zu behandeln sind. Und gute Maßstäbe kosten halt, wie eben gute Schulen auch. Worum es der Unternehmensgruppe Burchard Führer geht, darauf verwies Henning Scherf, Ex-Bürgermeister von Bremen, in einer Lesung einige Tage später ohne Schnörkel: "Es sind ganz normale Investoren. Mal bauen sie Schiffe, mal Autos oder eben Altenheime. Die wollen Geld verdienen." (CZ, 5.9.07)

P.S: Bis Ende des Jahres will Gert-Wilhelm Gonell - mit Zustimmung der Ratsfraktionen - auch das Hehlentorstift privatisiert haben. (alk)

(\*) Der Begriff Weißer Ritter kommt aus der Finanzwelt. Er umschreibt die freundliche Übernahme eines Unternehmens durch eine andere, eben mit Einverständnis, im Gegensatz zur feindlichen Übernahme.



Entnommen aus "Unternehmensgruppe Burchard Führer Unternehmenspräsentation"

# Straßenumbenennung der Ernst-Meyer-Allee

**Der Anfang und nicht das Ende einer Beschäftigung mit lokalen NS-Tätern?**

**In der letzten Sitzung vor der Sommerpause beschloss der Rat der Stadt Celle zum einen, die Ernst-Meyer-Allee umzubenennen, zum anderen die Ehrenbürgerschaften von Otto Telschow und Hans Kerrl abzuerkennen. Wir sprachen mit Reinhard Rohde über die erinnerungspolitische Dimension dieser Entscheidungen.**

**Ist die vom Rat beschlossene Umbenennung der Ernst-Meyer-Allee ein Markstein in der lokalen Erinnerungspolitik?**

Es ist zumindest das erste Mal, dass sich Lokalpolitik in Form von Rat und Verwaltungsspitze mit NS-Tätern beschäftigt und mit der Straßenumbenennung eine Konsequenz zieht.

**Wie ist es zu dieser neuen Haltung gekommen?**

Bis in die 1990er Jahre ist die Auseinandersetzung mit Tätern in der Bundesrepublik auf kunstvolle Weise verdrängt worden. Zunächst waren die Täter dämonisiert worden. Man konnte den Eindruck gewinnen, es habe sich um eine kleine kriminelle Clique gehandelt. Mit den Prozessen der 1960er Jahre entwickelte sich dann das Täterbild des interesselosen Bürokraten im Befehlsnotstand. Beides diente der Selbstentlastung. Nazis - das waren entweder die anderen oder solche, die nichts dafür konnten. Die Auseinandersetzung mit den Täterstrukturen der deutschen Gesellschaft hat bis in die 1990er Jahre eigentlich nicht stattgefunden. In Celle gab es ja - zugespitzt gesagt - mehr frei lebende Massenmörder in der Nachbarschaft als im Zuchthaus, ohne dass das als irritierend empfunden wurde. Unabhängig von der lokalen Ebene gibt es aber seit gut zehn Jahren in der Geschichtswissenschaft eine qualitativ neue Beschäftigung mit NS-Tätern. Und das hängt auch mit einem Generationenwechsel zusammen. Nach dem Ur-Opä kann eben ohne emotionale Verwirrung gefragt werden. Die Ratssitzung z.B. war äußerst schwach besucht, vor zehn, fünfzehn Jahren hätte man bei dem Thema noch ein volles Haus gehabt.

**Die Erkenntnisse zu Ernst Meyer sind ja nicht wirklich neu, oder?**

Ich weise in diesem Zusammenhang immer gerne darauf hin, dass die VVN/BdA schon im Herbst 1984 eine Umbenennungsaktion durchgeführt hat. Da wurde das Straßenschild "Ernst-Meyer-Allee" zur "Otto-Elsner-Allee" umgewandelt. Otto Elsner war in den 1920er Jahren in Celle KPD-Vorsitzender und Stadtratsmitglied und er hat während der Zeit des Nationalsozialismus einige Jahre in Gefängnis und Konzentrationslager gesessen. Und der Historiker Mijndert Bertram hatte in seiner 1992 veröffentlichten



Stadtgeschichte eigentlich deutlich dargelegt, dass und wie Ernst Meyer sich nach 1933 den Nazis angedient hat und dass er keinesfalls als "entlastet" einzustufen wäre. Sybille Obenaus hatte dann 1996 mit einem Aufsatz zu dem jüdischen Geschäftsmann Robert Meyer einen von Bertram angerissenen Aspekt vertieft. Anhand vorhandener Akten über einen "Arisierungsvorgang" hat sie dem Celler Oberbürgermeister eine Mitverantwortung dafür zugewiesen, dass sich Robert Meyers Chance auf eine lebensrettende Emigration zerschlug. Also in der Tat: Nichts wirklich Neues.

**Wie kam es dann aber im vergangenen Jahr dazu, dass die Frage auf einmal brisant wurde?**

Einen ersten Anstoß hat aus meiner Sicht die Tagung der RWLE-Möller Stiftung zu "Erinnerungs- und Gedächtniskultur nach 1945 in Celle" im März 2006 gegeben. Dort wurde die Beschäftigung, oder besser die Nicht-Beschäftigung mit lokalen Tätern zum Thema. Ich habe in meinem Beitrag z.B. darauf hingewiesen, dass die Biografien sowohl von Funktionären der NSDAP wie auch lokaler Verantwortungsträger untersucht werden müssten. Dabei ging es mir - dem Gedanken Adornos folgend - darum, dass man darüber etwas über die Mechanismen in Erfahrung bringen kann, die Menschen zu Tätern gemacht hatten. Und Klaus Neumann hat in seinem Vortrag darauf abgehoben, dass es darum gehen müsse, die Komplexitäten zu erfassen, die Menschen zu Tätern, zu Zuschauern oder zu Komplizen werden ließen. In den Diskussionen wurde dann die Frage nach der Verantwortung Ernst Meyers aufgeworfen. - Andrea Hackenberg von der "Celleschen Zeitung" hat diese Diskussion kurze Zeit später boulevardesk mit der Schlagzeile aufgenommen, Meyer habe Juden ins KZ geschickt. Dafür rief sie - bildlich gesprochen - Mijndert Bertram in den Zeugenstand. Der hatte gerade einen Aufsatz über die Rolle Ernst Meyers im NS für die "Celler Chronik" geschrieben. Darin waren im wesentlichen die Ergebnisse seiner "Stadtgeschichte" noch einmal zusammengefasst, aber er

spitzte seine Bewertung Meyers u.a. in der Aussage zu, dass dieser- und ich zitiere mal - "einst für die Überführung von Gefangenen nach Auschwitz und anderen Lagern verantwortlich gewesen war und auch bei der mörderischen Treibjagd auf KZ-Häftlinge im April 1945 eine gewisse Rolle gespielt hatte." Bertram wollte auf die verwaltungstechnische Eingebundenheit Meyers in die Deportationen verweisen, also darauf, dass dies in Teilen in seinem Verantwortungsbereich lag.

### **Im Museumsverein soll es heftigen Streit um die Veröffentlichung des Aufsatzes von Bertram gegeben haben?**

Schon die Aufnahme des Aufsatzes in die "Celler Chronik" war - wie man hörte - strittig. Über den Zoff im Museumsverein selbst, der die Reihe herausgibt, hat die CZ berichtet, nicht aber darüber, dass es sogar zu einem Rechtsstreit gekommen ist. Und damit war wohl die nötige Fallhöhe endgültig erreicht: Auf Anregung von Oberbürgermeister Biermann wurde über den Münsteraner Historiker Hans-Ulrich Thamer ein Gutachten in Auftrag gegeben.

### **Ist bei diesem Gutachten Neues herausgekommen?**

Thamer hat einen seiner Studenten, Daniel Droste, eine

Magisterarbeit zum Thema schreiben lassen. Die gilt dann jetzt als das so genannte "Gutachten". Im Kern ist dabei Bertram bestätigt worden. Droste schreibt in seiner Bewertung: "Meyer war eigenverantwortlich agierender Handlungsträger und Stütze des Regimes auf lokaler Ebene, Komplize seiner Politik und Mittäter seiner Verbrechen." Er sei eingebunden gewesen in die Ausschaltung von Regimegegnern und mitverantwortlich für die durch die Stadtverwaltung betriebene gesellschaftliche Diskriminierung der Juden. Und weiter, ich zitiere: "Im Zuge der >Arisierungen< wurde er, aus eigenem Antrieb und autonom handelnd, selbst zum Täter und muss als Entscheidungsträger für den Tod Robert Meyers mitverantwortlich gemacht werden. Als Organisator des Arbeitseinsatzes der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter während des Krieges war er auch an diesem nationalsozialistischen Verbrechen intensiv beteiligt, und schließlich kann auch seine Beteiligung an dem als >Celler Hasenjagd< in die Geschichtsbücher eingegangenen Massaker an wehrlosen KZ-Häftlingen als gesichert betrachtet werden."

### **Man hörte, das Gutachten sei auch nicht ganz unumstritten gewesen?**

Der in Celle lebende emeritierte Verwaltungsrechtsprofessor Werner Thieme hat sich mit einer Kritik an den Oberbürgermeister gewandt, woraufhin sich

## **... 23 Jahre später**

### **Distanzierung von Nazi-Ehrenbürgern gefordert**

Vor einigen Wochen wandte sich die 'Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes' (VVN) mit einem Appell an den Celler Stadtrat. Dieser wird aufgefordert, den beiden Nazi-Größen Hans Kerrl und Otto Telschow die von der Stadt Celle im Hitler-Faschismus verliehenen Ehrenbürgerschaften abzuerkennen, sie aus dem Ehrenbürgerbuch zu streichen und sich von der Verleihung dieser Ehrenbürgerschaften zu distanzieren.

In einem allen Ratsfraktionen zugestellten Schreiben heißt es als Begründung: "In den meisten Städten und Gemeinden der Bundesrepublik sind inzwischen Hitler und alle anderen Nazi-Größen die Ehrenbürgerschaften aberkannt worden. In unserer Stadt sind bis zum heutigen Tage eingetragen: Hans Kerrl, von Hitler zum Justizminister ernannt; Otto Telschow, NS-Gauleiter für den Gau Celle-Harburg und seit 1933 Mitglied des preußischen Staatsrates. Weder der eine noch der andere sind Celler Bürger. Noch haben sie auch nur im entferntesten ein Verdienst an unserer Stadt. Dagegen haben sie uneingeschränkt an der grausamen Gewaltherrschaft der Nazis mitgewirkt. Bergen-Belsen, Bergen-Hörsten und Wietzendorf, heute alles Gedenkstätten in unserer unmittelbaren Nähe sind stumme Zeugen dieses unmenschlichen Terrorregimes, über 120000 Menschen aus 40 Nationen wurden hier unter schrecklichen Bedingungen zu Tode gequält, verhungerten, wurden erschossen oder erschlagen. Zu den Befürwortern dieser furchtbaren Vernichtung unschuldiger Männer, Frauen und Kinder gehörten auch die beiden von Antisemitismus und Faschismus durchdrungenen Ehrenbürger der Stadt Celle."

Während CDU und Wählergemeinschaft es nicht einmal für nötig hielten, den Eingang des VVN-Schreibens zu bestätigen, bat die SPD um Verständnis, in dieser Sache nicht im Sinne der VVN tätig werden zu können.

Die FDP antwortete: "Auf Ihr Schreiben darf ich Ihnen heute mitteilen, daß wir Ihren Hinweis bezüglich der Ehrenbürgerschaft ehemaliger NS-Führer von der Verwaltung überprüfen lassen. Sollten Ihre Hinweise richtig sein, sind auch wir der Auffassung, daß diese wohl unter politischem Druck verliehenen Ehrenbürgerschaften aufgelöst werden müssen." In einem Nachsatz verarbeitet die FDP dann im gleichen Schreiben noch die Informationen, die sie von der Verwaltung erhielt: "Wie ich soeben erfahren habe, besteht bei der Stadt Celle kein Ehrenbürgerbuch. Die damals ausgesprochenen Ehrenbürgerschaften sind mit dem Tod der Betroffenen erloschen."

Daß die beiden Nazis inzwischen tot sind, weiß auch die VVN. Was gefordert ist, bleibt eine politische Distanzierung von der Verleihung der Ehrenbürgerschaften. Doch das ist scheinbar schon zuviel.

Aus: Celler Zündel. Kommunale Monatszeitschrift, H. 4/1984, S. 32.

Thamer nachdrücklich hinter die Arbeit seines Studenten gestellt hat. Thiemes Kritik bemüht eigentlich alle Stereotypen für die Entlastung der Eliten: die besondere Situation von Spitzenbeamten, die Schlimmeres hätten verhüten wollen, wofür sie sich mit öffentlichen Zustimmungen zur Nazi-Ideologie hätten tarnen müssen; die Abschaffung des Rechtsstaats und die Gefährdung durch die Gestapo usw.. Das hat tatsächlich mit dem Forschungsstand nicht mehr viel zu tun, was Thamer in seiner achtseitigen Antwort auch aufzeigt. Typisch ist bei Thieme dann noch, dass er seine Zeitzeugenschaft ins Feld führt. Er habe Meyer als Nachbar der Familie noch persönlich erlebt und empfinde das Bild von ihm völlig verzeichnet. Dazu zitiere ich mal Thamer: "Konsequent befolgt, wäre das beliebte Zeitzeugenargument das Aus für jede historische Forschung und jedes historische Verstehen, denn schließlich waren meine Kollegen aus der Mittelalterforschung auch nicht mit Barbarossa in Italien und schreiben unentwegt über ihn."

**Du bist ja aber auch nicht in allem "glücklich" mit dem Gutachten?**

Einschränkend muss man immer sagen, dass es eine Magisterarbeit ist, also der enge zeitliche Rahmen zu berücksichtigen ist. Trotzdem ist es schade, dass neuere Arbeiten zur Täterforschung nur marginal von Droste berücksichtigt wurden. Die Frage etwa, warum handelt der Meyer so, gehörte nicht zu seinem Erkenntnisinteresse. Und richtig ärgerlich finde ich persönlich die seitenlange - mal salopp gesprochen - "Anpisserei" von Bertram, die sich weder von seinen eigenen Ergebnissen her, noch angesichts seiner eigenen handwerklichen Mängel rechtfertigen lässt. Aber das ist noch mal ein anderes Thema.

**Welche Bedeutung hat die ganze Diskussion für die lokale Erinnerungskultur?**

Erstmal ist es ja Geschichtspolitik. Stadtrat und Oberbürgermeister haben sich mit ihren Entscheidungen dahingehend positioniert, dass auch lokale Eliten während des Nationalsozialismus verwerflich handeln konnten und man das nicht entschuldigen muss. Und wenn man Biermanns Rede ernst nimmt, müsste dies der Anfang und nicht das Ende einer Beschäftigung mit den Tätern sein. Denn in der Frage der Straßenbenennungen hat er selbst die Latte hoch gelegt, wenn er hierfür das Verhalten in den Jahren 1933 bis 1945 zum wichtigsten Beurteilungskriterium macht. Und damit sind dann geschichtspolitisch auch die Straßenbenennungen nach Heinichen, Blanke, Meyer-Rasch, Fuess, Haesler, von Fritsch zu diskutieren.

**Uns überrascht ein bisschen die Rolle von Oberbürgermeister Biermann.**

Ja. Biermann ist ja als persönlicher Referent von Wilfried Hasselmann in die Politik eingestiegen, den man zur alten "Stahlhelm-Fraktion" der CDU rechnen musste. Von daher kann man überrascht sein. Aber die Verurteilung des Nationalsozialismus gehört inzwischen zum Wertekanon der Republik. Nur lässt sich das, wie man bei Fischer/Scharping



**Celler Oberbürgermeister Ernst Meyer**

im Kosovo-Krieg sah, fast beliebig instrumentalisieren. Und wenn Biermann gegen Meyer ins Feld führt, dass Menschen ihre Existenz durch die Entscheidungen eben dieses Verwaltungschefs verloren hätten, fällt uns sofort die Härte Biermanns im Fall der Abschiebung der Familie Vdovenko ein. Vielleicht wird er ja seine Ermessensspielräume künftig anders nützen.

**Nebenbei wurden vom Stadtrat ja noch die Ehrenbürgerschaften von Telschow und Kerll widerrufen. Was ist davon zu halten?**

Auch ein später Erfolg der VVN/BdA. Gertrud Schröter hatte das in den 1980ern schon gefordert. Unter Oberstadtdirektor von Witten wurde argumentiert, dass das Ehrenbürgerrecht mit dem Tod erloschen sei. Das sieht man, glaube ich, im Rathaus immer noch so, aber wollte jetzt auch hier einen distanzierenden Schnitt.

Nachtrag:

Das Gutachten ist als pdf verfügbar unter [http://www.celle.de/media/custom/326\\_187\\_1.PDF?La=1&object=medl326.187.1](http://www.celle.de/media/custom/326_187_1.PDF?La=1&object=medl326.187.1)

Anzeige

**Direkte Aktion**

**kämpfen und lesen**

**[die andere gewerkschaftszeitung]**

**Probeheft gratis**  
 Straßburgerstr. 38, 10405 Berlin,  
 da-abo@fau.org

# Ein Herz für Kinder?



"Heute ist ein guter Tag für die Arbeitslosen", hatte Peter Hartz mit voller Inbrunst als Sprecher der Deutschland AG vor fünf Jahren im August verkündet. Die Gesetze, die der Bundestag unter Zustimmung von

CDU/CSU/FDP/SPD/Bündnisgrünen daraufhin beschloss, haben sich als das größte Verarmungsprojekt in der Geschichte der Bundesrepublik erwiesen. 7,4 Millionen "Erwerbsfähige" und ihre Kinder leben - egal ob mit oder ohne Arbeit - auf dem Niveau von Hartz IV. Und die Zahl der Kinder unter 15 Jahren, die von Hartz-IV-Leistungen leben müssen, hat nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit gerade einen neuen Höchststand erreicht: Betroffen sind 1,93 Millionen Mädchen und Jungen, das sind 17 Prozent aller Kinder hierzulande.

Dass Celle diesen Durchschnitt noch übertrifft, mag verwundern in einer Stadt, deren wichtigstes Projekt das Aufmotzen ihres Yachthafens zu einer "Marina" ist. 5476

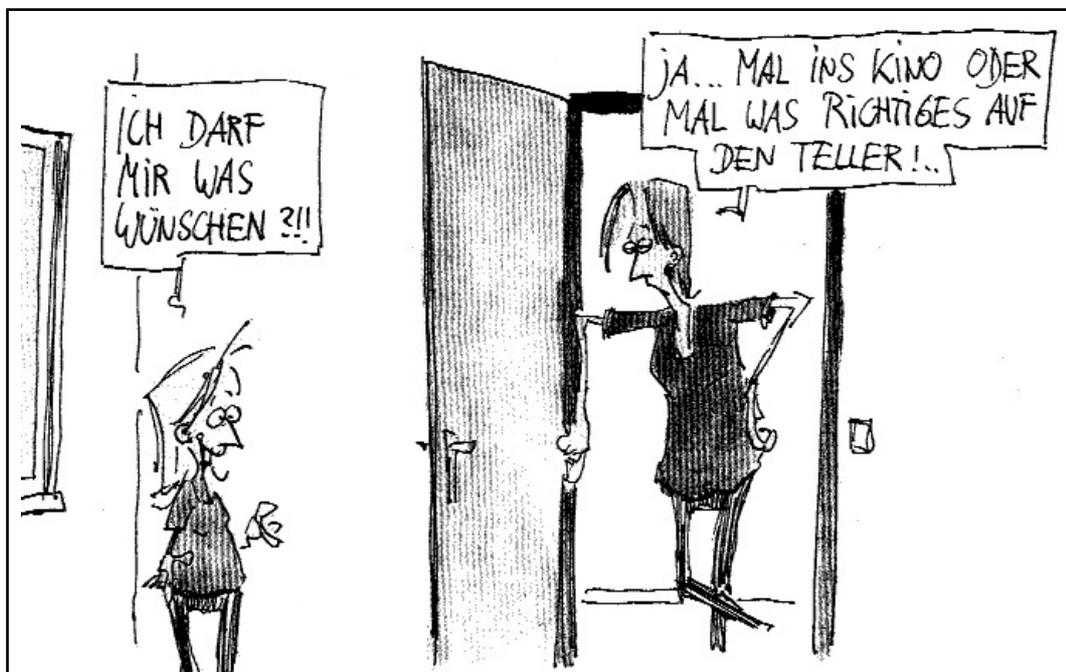
Kinder im Alter von unter 15 Jahren waren im März 2007 in Stadt und Landkreis Sozialgeld-Empfänger/innen, das sind 19,2 Prozent. Jedes fünfte Kind lebt unter Armutsbedingungen.

Mit all den "schönen Geschichten" um die Marcos und Madeleines dieser Welt und einer durchgängig lächelnden Familienministerin wundert man sich fast, dass sich gelegentlich an Phänomenen wie Ernährung oder Schulbedarf eine öffentliche Erregung einstellt. Zu Schuljahresbeginn jetzt also "Schulbedarf": Vor Hartz IV gab hierzu es für Kinder von SozialhilfeempfängerInnen einmalige - in der Regel - pauschalierte Zuschüsse. Im Regelsatz des heutigen Sozialgelds sind für Schulmaterialien statistisch nur 1,63 Euro pro Monat verankert. Und selbst wenn die Eltern dies - wie "idealtypisch" vorgesehen - übers Jahr für den Schuljahresbeginn ansparen würden, stünden sie mit 20 Euro da. Uns vorliegende Anforderungslisten von Grund- und Hauptschulen verursachen Kosten in Höhe von über 100 Euro. Besonders die Einschulung mit Ranzen und Turnsachen wird für Kinder aus Hartz-IV-Familien zu einer fast unüberwindbaren Hürde.

Anfang Juli hatte die Landesarmutskonferenz von Bundestag und niedersächsischem Landtag Initiativen zur

Erhöhung der Regelleistungen gefordert. Und dies insbesondere mit dem Hinweis auf den Schulbedarf. Die Kommunen würden zwar für Schulbücher aufkommen, für besondere Anschaffungen wie Schulranzen oder Taschenrechner müsste jedoch jeder selbst gerade stehen, erläuterte der Sprecher Horst-Peter Ludwigs (Celle). Auch anfallende Fahrtkosten, insbesondere zu weiterführenden Schulen, sei ein Problem für viele Familien. An bezahlte Nachhilfestunden sei hier gar nicht zu denken.

Das Bündnis für Soziale Gerechtigkeit griff die Frage zunächst praktisch auf, indem ein Spendenfond für Sach- und Geldleistungen eingerichtet wurde. Jörg Fette,



Laut Müntefering zehn Euro mehr für Hartz-IV-Kinder denkbar

Berlin (dpa) - Im Kampf gegen Kinderarmut hält Arbeitsminister Franz Müntefering höhere Eckregelsätze für Kinder in Hartz-IV- Bedarfsgemeinschaften für möglich. Die Rede ist von zehn Euro monatlich. Dann müsse aber auch sichergestellt werden, dass dieses Geld bei den betroffenen Kindern so ankomme, «dass sie das haben, was sie haben müssten», sagte Müntefering. Dazu gehöre auch preisgünstige und gesunde Ernährung. Dies sei in ein Gesamtkonzept zur Kinderarmut- Bekämpfung einzubeziehen.

Leiter der Decius-Filiale, unterstützte diese Initiative gemeinsam mit rund zehn weiteren Innenstadt-Einzelhändlern. Rund 1300 Euro kamen so zusammen. Ein Tropfen auf den heißen Stein, aber mehr ist ehrenamtlich auch kaum zu leisten und zu vermitteln.

Andreas Hauptmeyer (BSG) kündigte parallel an, nach der Ratsommerpause einen Antrag auf einen städtischen Unterstützungsfonds zu stellen. Doch dann kam ihm die SPD zuvor. Deren Ratsfraktion beantragte "die Einrichtungen eines Schul- und Lernmaterialfonds". Anspruchsberechtigte sollen sein: Arbeitslosegeld II-Empfänger, Sozialgeldempfänger, Grundsicherungsempfänger, Hilfe zum Lebensunterhaltsempfänger, Wohngeldempfänger, Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Gefördert werden sollen Schulmaterialien, Übungs- und Arbeitshefte, Stifte, Tuschen und Ordner. Unter Vorlage von Rechnungen und Quittungen sollen die Kosten ab 25 Euro übernommen und zeitnah an die Eltern überwiesen werden. Im Nachtragshaushalt der Stadt Celle sollen hierfür vorsorglich 50.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. In der Begründung heißt es u.a.: "Die Regelsätze decken überhaupt nicht den wirklichen Bedarf für Kinder und Jugendliche bezüglich der Ausgaben für den schulischen Bereich ab. Da die Bildung unserer Kinder in unserem Lande die sinnvollste Investition überhaupt ist, ist die >familienfreundliche Stadt Celle< geradewegs in der Verpflichtung, hier aktiv zu unterstützen und fördernd zu begleiten."

Vorbild für derartige kommunale Aktivitäten ist die Stadt Oldenburg, die für einen Schul- und Lernmaterialfonds 200.000 Euro bereitgestellt hat. Aus diesem Fonds sollen Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien auf Antrag eine einmalige Beihilfe in Höhe von 50 Euro erhalten, wobei dieser Betrag durch Quittungen nachgewiesen werden soll. Zwei Unterschiede fallen ins Auge: Was die Celler SPD will, ist zum einen ein "Eigenbeteiligungs-Sockel", denn die ersten 25 Euro sollen die Eltern selbst aufbringen. Aber: Dort, wo es richtig ins Geld geht - also Kosten von z.B. 100 Euro anfallen, würde es für die Betroffenen sogar mehr bringen als im Oldenburger Modell. Denn eine Obergrenze sieht der SPD-Antrag nicht vor.

Ein Problem: Der diesjährige Bedarf zu Schuljahresbeginn ist im Prinzip abgewickelt. Trotzdem müssten hier noch Wege gesucht und gefunden werden, den betroffenen Familien die entstandenen Kosten zu erstatten. Hierzu wäre wahrscheinliche eine Einbindung der Schulen sinnvoll, denn Quittungen werden die Eltern bisher kaum aufgehoben haben. Vorstellbar wäre aber auch eine Lösung, bei der auf Antrag pauschal, d.h. ohne Quittungsnachweis, z.B. 50 Euro pro schulpflichtigem Kind gezahlt werden.

Insgesamt ist es eine Erörterung wert, ob und wie die Unterstützung bei Schulmaterialien künftig aussehen kann. Wäre es nicht tatsächlich sinnvoll, in den Schulen "Beschaffungs- und Ausgabestellen" einzurichten und dann die erforderlichen Materialien kostenlos an die in Frage kommenden SchülerInnen abzugeben? Die Kreistagsfraktion der SPD hat hierzu für die Verantwortung des Landkreises als

## Realschule Westercelle, 7. Klasse

Wörterbuch Rechtschreibung	10,--
Dierke Weltatlas	25,--
Arbeitsheft Zeichensetzung	7,95
Arbeitsheft Rechtschreibung	7,95
Workbook Englisch	7,40
Arbeitsbuch Etudes Francaises	17,90
Geo-Dreieck	3,--
Zirkel	8,--
Lineal	1,50
Tuschkasten	6,--
2 Pinsel	2,--
Zeichenblock Din A3	5,--
Zeichensammelmappe Din A3	3,--
Schnellhefter Din A4	3,--
4 Schulhefte Din A 4	2,--
<b>insgesamt</b>	<b>109,70</b>

Schulträger einen Antrag gestellt, der in diese Richtung geht.

Ob und wie die kommunalpolitischen Gremien sich letztlich verhalten werden, war bei Redaktionsschluss noch offen. Hoffen können Betroffene sicherlich, weil im nächsten Frühjahr Landtagswahlen anstehen.

Am sinnvollsten (im Rahmen der bestehenden Armutsverwaltung) wären aber nicht kommunale Lösungen, sondern höhere Regelsätze, wie die niedersächsische Landesarmutskonferenz sie fordert. Der Paritätische Wohlfahrtsverband ist z.B. der Ansicht, dass diese Sätze um 20 Prozent steigen müssten.

Die Regierungs-Parteien reden derzeit zwar viel über Kinderarmut, wollen aber an die Regelsätze nicht ran. Statt dessen planen sie, den so genannten "Kinderzuschlag" auszubauen. Dieser beschränkt sich auf einkommensschwache Familien, in denen die Eltern sich selbst unterhalten können, die aber für die Kinder zu wenig Einkommen haben. Die Eltern müssen dann zwar nicht mehr zur Arbeitsagentur rennen, materiell aber bringt der Kinderzuschlag nicht mehr als Hartz IV. Die öffentliche Diskussion ist also im Kern als PR-Programm abzuhaken.

Bezüglich der Schulmaterialien wäre der einfachste Weg selbstverständlich, Schulmaterialien, Lernmittel sowie sonstige mit dem Schulbesuch entstehende Aufwendungen einschließlich Fahrtkosten zusätzlich auf Antrag als Zuschuss durch die Arbeitsagentur zu gewähren - oder eben an und durch die Schulen für jeden kostenlos verfügbar zu halten.



# Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes gefordert

Das Einkommen der Eltern entscheidet nach Ansicht der Landesarmutskonferenz Niedersachsen (LAK) über den Bildungsweg vieler Kinder. Weil der Besuch einer Hauptschule einfach billiger sei, könnten viele Kinder einkommensschwacher Familien nicht aufs Gymnasium, erklärte LAK-Sprecher Horst-Peter Ludwigs gegenüber der Deutschen Presseagentur. Deswegen forderte er den niedersächsischen Kultusminister Bernd Busemann (CDU) auf, einen Sonderfonds einzurichten. Mit ihm könnten einkommensschwache Familien und ihre Kinder unterstützt werden. In der Landesarmutskonferenz sind Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, der Flüchtlingsrat und der Deutsche Gewerkschaftsbund tätig. Die Landesarmutskonferenz wandte sich auch an den Bundestag und den niedersächsischen Landtag. In einer Petition forderte sie die Mitglieder beider Parlamente auf, die Hartz-IV-Leistungen zu erhöhen. Der Regelsatz liegt derzeit bei 347 Euro. Die Kommunen würden zwar für Schulbücher aufkommen, für besondere Anschaffungen wie Schulranzen oder Taschenrechner müsste jedoch jeder selbst gerade stehen, erläuterte Ludwigs. Auch anfallende Fahrtkosten, insbesondere zu weiterführenden Schulen, sei ein Problem für viele Familien.

## Petition der Landesarmutskonferenz an den Niedersächsischen Landtag und an den Deutschen Bundestag

Schulbildung für Kinder und Jugendliche, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II/Sozialgesetzbuch XII und Asylbewerberleistungsgesetz beziehen

Als Landesarmutskonferenz erleben wir mehr und mehr die Situation, dass gerade Kinder und Jugendliche im Bildungsbereich aufgrund der fehlenden materiellen Möglichkeiten Ausgrenzungen erleben. Mit 208,- Euro (Kinder bis 14 Jahre) oder 278,- Euro (Kinder und Jugendliche ab 14 Jahre) sollen Nahrung, Kleider, Genussmittel, Strom und alles Weitere bezahlt werden. Die Kosten für die Schulbildung der Kinder und Jugendlichen sind in diesen Regelleistungen nicht vorgesehen, und das Kindergeld steht nicht wie bei anderen Familien zusätzlich zur Verfügung, sondern wird von den Regelsätzen in voller Höhe abgezogen.

Die Leihgebühren für Schulbücher werden zwar für Leistungsbezieher nach dem SGB II und SGB XII von der Kommune erstattet, aber je nach Schulstufe und Ereignis, z.B. Einschulung oder Klassenwechsel, müssen Eltern für ein Kind oft mehr als 100,- Euro zusätzlich ausgeben für Schultüte, Arbeitshefte, Schreibhefte, Stifte, Blöcke, Malutensilien, Kopiergeld, Klassenkasse oder eintägige Klassenfahrten. Stehen weitere besondere Anschaffungen an, wie z.B. Schulranzen, Grafikutensilien, Taschenrechner usw., werden daraus schnell 300,- Euro pro Kind/Jugendlichen.

Die Eltern geraten in Not, weil sie das Geld dafür nicht übrig haben. Den Kindern und Jugendlichen wird die Chancengleichheit im Bildungsbereich genommen.

Das SGB II sieht im § 23 Abs. 3 eine einmalige Leistung vor für - wie es unter Punkt 3 heißt - "mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulischen Bestimmungen". Es werden jedoch in keiner Weise die o.g. Bedarfspositionen berücksichtigt oder Fahrtkosten zur Schule, die insbesondere bei den weiterführenden Schulen anfallen, da es für Schüler und Schülerinnen der gymnasialen Oberstufe keine kostenlose Schülerbeförderung gibt und ab der 12. Klasse in der Regel alle Bücher und Materialien selbst beschafft werden müssen.

Dies bezieht sich ebenfalls auf die berufsbildenden Schulen und Fachschulen etc., bei denen es in der Regel keine Schulbuchausleihe mehr gibt und keine Schülerbeförderung. Die Kosten dafür müssen die Jugendlichen selbst erbringen. (...)

Wir sehen hierin eine eklatante Ungerechtigkeit gegenüber Haushalten mit ausreichenden Einkommen. Außerdem steht dieser Sachverhalt in einem starken Missverhältnis zur Bildungspolitik, da allen Kindern und Jugendlichen eine ihnen angemessene Bildung ermöglicht werden sollte. Die oft proklamierte Chancengleichheit im Bildungswesen wird hier völlig ausgehebelt.

Uns erscheint hier ein dringender Handlungsbedarf auf Landes- und Bundesebene. Um Kindern und Jugendlichen eine Chancengleichheit im Bildungsbereich wieder zu gewährleisten, sind auf Landes- und Bundesebene umgehend Maßnahmen durchzuführen, die den betroffenen Kindern und Jugendlichen gegenüber die erforderlichen Bedarfspositionen im vollen Umfang sicherstellen. Materielle Armut darf kein Ausschluss sein für einen gleichberechtigten Zugang zum Bildungssystem.

Celle, 03.07.07

Die Landesarmutskonferenz ist ein Forum der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, des DGB-Bezirk und von Verbänden und Initiativen auf Landesebene. Sie will das Armutproblem in der Öffentlichkeit bewusst machen und zu dessen Überwindung beitragen. Selbsthilfemaßnahmen der von Armut betroffenen oder bedrohten Bevölkerungsgruppen werden in der Landesarmutskonferenz repräsentiert.

# Endlager Kampagne der Anti-AKW-Bewegung

**Hört auf, Atommüll zu produzieren,  
Ihr könnt mit dem Vorhandenen schon nicht umgehen!**



Wenn es um Atommüllendlager geht, fällt einem als erstes Gorleben ein. Hier konzentriert sich seit Jahrzehnten der Widerstand gegen die Atomwirtschaft in Deutschland. Jeder Castor-Transport ist auch ein Fingerzeig auf das ungelöste

Problem der Endlagerung des Atommülls. Aber: An zwei Orten in Deutschland wurde in den letzten Jahrzehnten Atommüll in tiefe geologische Formationen verbracht, um sie dort für alle Zeiten "wartungsfrei" und nicht rückholbar zu lagern. Das "Endlager für radioaktive Abfälle in Morsleben (ERAM)" in Sachsen-Anhalt und die ASSE II bei Remlingen (Kreis Wolfenbüttel). Die Erfahrungen mit diesen Endlagern sind dramatisch. Mit einer gemeinsamen, von den Initiativen der Endlagerstandorte getragenen Kampagne, will die Anti-AKW-Bewegung in diesem Herbst auf die desaströse Situation aufmerksam machen. Im Zentrum steht dabei die Demonstration am vierten Standort, dem für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll vorgesehenen Schacht Konrad in Salzgitter. Am 13. Oktober, 12 Uhr, heißt es in Salzgitter-Lebenstedt: Konrad stoppen!

## Morsleben und Asse

Im ehemaligen Salzbergwerk Asse II bei Wolfenbüttel wurden im Auftrag des Bundes zwischen 1967 und 1978 etwa 125.000 Fässer mit schwachradioaktivem und 1300 Fässer mit mittelradioaktivem Abfall durch die GSF - (ehemals: Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung) eingelagert. Damit ist es Deutschland größtes bestehendes Atommülllager. Ursprünglich war Asse II ein Salzgewinnungsbergwerk, das aus heutiger Sicht als Endlager für radioaktive Stoffe völlig ungeeignet ist. In der "Remlinger Erklärung" beschreibt die "Asse II-Koordination" das Problem so: "Das Deckgebirge der Asse ist weder dicht noch stabil noch trocken, die Gesteinsbewegungen nahmen unerwartet stark zu und seit 1988 fließen täglich 12 Kubikmeter Wasser in den Schacht. Der Atommüll lässt sich nicht dauerhaft vor unkontrollierten Zuflüssen schützen. Aus dieser Not heraus wollen die Betreiber das Bergwerk flüssig verfüllen und den Atommüll nicht rückholbar sich selbst überlassen. Dieser Plan nimmt die Auflösung der Verpackungsgebände und die Verseuchung des Grundwassers durch austretende Radionuklide innerhalb weniger Jahre bewusst in Kauf." Die Initiative fordert deshalb, Asse II nicht per Flutung stillzulegen: "Der Atommüll muss rückholbar bleiben. Alle notwendigen Maßnahmen für eine mög-

liche Rückholung sind umgehend im Detail zu planen und genehmigungsrechtlich abzusichern. Damit die Rückholung möglich bleibt, muss das Bergwerk sofort stabilisiert werden."

Das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) wurde zu DDR-Zeiten im ehemaligen Kali- und Steinsalzbergwerk Bartensleben in Sachsen-Anhalt, nahe der ehemaligen Grenze bei Helmstedt eingerichtet. Bis zur Beendigung des Betriebs im Jahr 1998 wurden hier rund 37.000 m<sup>3</sup> niedrig- und mittelradioaktiver Abfälle in Morsleben eingelagert. Das Endlager Morsleben ist so instabil, dass es im Rahmen bergbaulicher Gefahrenabwehr teilweise notverfüllt werden muss, ohne das atomrechtliche Schließungsverfahren abwarten zu können.

## Konrad stoppen!

Trotz dieser offensichtlich katastrophalen Erfahrungen mit Morsleben und ASSE II soll mit Schacht Konrad in Salzgitter in den nächsten Jahren ein weiteres Endlager in Betrieb genommen werden. Auch die Arbeiten am Erkundungsbergwerk in Gorleben sollen fortgesetzt werden.

Gegen das geplante Endlager Schacht Konrad wurden mit Unterstützung der Stadt Salzgitter langwierige Klageverfahren geführt. Dieser Weg ist mit einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom März 2007 am Ende. Alle Einwände wurden endgültig abgewiesen. Der Bund kann nunmehr, das ehemalige Bergwerk in Salzgitter zu einem Endlager für radioaktive Abfälle umzurüsten. Er "kann", aber er "muss" nicht. Letztlich ist es eine politische Entscheidung.

Von 2013-2080 sollen in dem stillgelegten Bergwerk bis zu 303.000 m<sup>3</sup> feste oder verfestigte radioaktive Abfälle für 1.000.000 Jahre "end"gelagert werde. Dabei handelt es sich



um Abfälle aus der Wiederaufarbeitung, Betriebsabfälle aus Energiewirtschaft und Atomforschung. Obwohl die Bundesregierung verschleiern immer darauf hinweist, dass im Schacht kein "reines" Plutonium gelagert werden dürfe, können - rechtlich zulässig - fein verteilt und gebunden mit anderen Stoffen bis zu 875 kg Plutonium eingelagert werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Abfälle, die bei der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente angefallen sind. Die Standortinitiativen verweisen auf die großen Risiken zum einen durch die unbestrittene Niedrigstrahlung, die von einem Lager ausgehen würde, zum anderen auf die Gefahr von Transportunfällen in der dichtbesiedelten Industrieregion.

## **Endlager lassen sich nicht abschalten, AKWs schon!**

In einer gemeinsamen Erklärung der vier Standortinitiativen wird festgestellt: "Dem Konzept der nicht-rückholbaren, wartungsfreien Endlagerung ist offensichtlich nicht zu trauen! Bis heute gibt es weltweit kein wirklich abgesichertes, auf einem gesellschaftlichen Konsens beruhendes Konzept für die Endlagerung von Atommüll. Angesichts dieser

Erfahrungen halten wir es für dringend geboten, keinen weiteren Atommüll zu produzieren; vollkommen absurd ist das Ansinnen der Atomindustrie, die Produktion von Atommüll durch Laufzeitverlängerungen noch zu erhöhen."

Und die Initiativen fordern eine "langzeitsichere Sanierung der Altlasten ERAM Morsleben und ASSE II" unter Einbeziehung unabhängiger Wissenschaftler und der kritischen Öffentlichkeit. Es müssten Konsequenzen gezogen werden, was heißt: Schacht KONRAD nicht in Betrieb nehmen, die Endlagerung in Gorleben nicht weiter vorbereiten. Schließlich müsste eine kritische, offene Auseinandersetzung mit dem Thema Atommüllagerung beginnen mit einem ergebnisoffenen Neuanfang bei der Suche nach dem sichersten Umgang mit dem Atommüll.

Das Celler Forum gegen Atomenergie unterstützt die Demonstration in Salzgitter; eine gemeinsame Abfahrt ist um 10.30 Uhr ab Buntes Haus, Hannoversche Str. 30 f., vorgesehen.



---

## **30 Jahre Widerstand gegen Gorlebener Atomanlagen**

# **"Möglichst dicht an der Zonengrenze"**

Ende Februar 1977 bestimmte der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) überraschend den Salzstock Gorleben zum Zentrum des sogenannten Nuklearen Entsorgungsparks. Unter dem Motto "Jetzt schlägt's 30!" und mit einem bunten Programm feierten nun Atomkraftgegner am 24. und 25. Februar 2007 30 Jahre Widerstand gegen die Gorlebener Atomanlagen. Dieser beeindruckend lange Zeitraum läßt auch für die Zukunft wohl nur die Prognose zu, daß die kontinuierlichen kreativen Proteste nicht klein zu kriegen sind. Viele in den vergangenen 30 Jahren errungene Erfolge zählt Francis Althoff, Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, auf: So mußten ursprüngliche Planungen wie die Errichtung einer Brennelementefabrik und einer Wiederaufarbeitungsanlage aufgegeben werden.

13 Jahre lang wurde die Einlagerung des ersten Castorbehälters in das oberirdische Zwischenlager verhindert. Seit dem Jahr 2000 ruhen die Arbeiten an der Endlagerbaustelle im Salzstock. Vor 10 Jahren hatte der damals bereits emeritierte Geologie-Experte und in Celle

ansässige Professor Dr. Gerd Lüttig, zuvor Inhaber eines Lehrstuhls an der Universität Erlangen, in einem Gespräch mit Karl-Friedrich Kassel für die Elbe-Jeetzel-Zeitung berichtet, wie es 1977 zur Benennung des Salzstocks Gorleben als mögliches nukleares Endlager kam und daß der damalige niedersächsische Ministerpräsident seine Entscheidung ausschließlich aus politischen Gründen gefällt hatte. Das Interview wurde am 1. März 1997 in der Elbe-Jeetzel-Zeitung gedruckt. Strahlentelex zitiert:

**ELBE-JEETZEL-ZEITUNG: Herr Professor Dr. Lüttig, Sie waren vor 20 Jahren, als ein Standort für das Nukleare Entsorgungszentrum (NEZ) gesucht wurde, zuständig für die Vorauswahl der norddeutschen Salzstöcke. Wie kam es dazu?**

Professor Dr. Gerd Lüttig: Ich habe damals im Auftrag der KEWA, das war die von den Elektrizitätsversorgungsunternehmen geschaffene Firma, die die Endlagerung betreiben sollte, den Auftrag bekommen, alle in Nordwestdeutschland befindlichen Salzstöcke, das sind

etwa 280, zu untersuchen auf ihre Eignung und eine gewisse Klassifizierung dieser Salzstöcke vorzunehmen. In diese Auswahl kamen drei Salzstöcke, die relativ gut bekannt waren. Gorleben gehörte nicht dazu. Das war zweite Wahl.

### **ELBE-JEETZEL-ZEITUNG: Dennoch fiel die Entscheidung anders aus. Wie kam das?**

Professor Dr. Gerd Lüttig: Man muß dazu bemerken, daß der damalige niedersächsische Ministerpräsident Dr. Albrecht eine Kommission eingesetzt hatte unter Führung des Bruders des ehemaligen Bundespräsidenten, Carl-Friedrich von Weizsäcker. Da war ich Mitglied, und wir kamen alle vierzehn Tage mit Dr. Albrecht zusammen. Eines Morgens verkündete er, er habe den Salzstock von Gorleben als den am besten geeigneten ausgewählt, und da käme die Sache nun hin. Auf meine Anmerkung: "Aber Herr Dr. Albrecht, den habe ich doch gar nicht auf meiner Liste, der kommt doch erst in der zweiten Reihe", bemerkte er: "Das ist jetzt noch nicht eine geologische Frage, das ist eine politische Frage. Ich möchte einen Salzstock haben, der möglichst dicht an der Zonengrenze liegt."

### **ELBE-JEETZEL-ZEITUNG: Wissen Sie, warum es unbedingt ein Salzstock an der Grenze sein sollte?**

Professor Dr. Gerd Lüttig: Man wollte die Leute in der Ostzone ärgern. Sehen Sie, wir bekamen von denen nur ungenügende Informationen über ihr Endlager in Morsleben. Wir haben versucht, mehr zu erfahren, indem wir irgendwelche Geologen auf Tagungen ausgefragt haben, ostzonale Geologen. Wie sieht denn das mit Morsleben aus? Da hörten wir immer: Das ist schwierig, bergmännisch gefährlich. Daraufhin sagte Dr. Albrecht: "Jetzt haben wir dieses Morsleben direkt an der Zonengrenze. Wenn das mal absäuft, dann haben wir im Helmstedter Raum die verseuchten Wässer. Ich möchte jetzt die Ostzonalen mal richtig ärgern, nehmen wir Gorleben als Gegengewicht. Mal sehen, was herauskommt." Ich fragte noch: Wie kommen Sie denn auf Gorleben? Daraufhin sagte Dr. Albrecht: "Ich kenne einen pensionierten Bergwerksdirektor, der hat mir gesagt: Ein Salzstock an der Zonengrenze? Na, dann nehmen Sie doch Gorleben." So kam die Entscheidung für den Standort Gorleben zustande.

aus: Strahlentelex, Nr. 484-485 / 2007, S. 6-7.



## **Gute Zeiten, schlechte Zeiten**

"...Werte wie Familie, Kinder und das Mutterdasein, die auch im Dritten Reich gefördert wurden, anschließend durch die 68er abgeschafft wurden. Vieles was in dieser Zeit hochgehalten wurde, wurde danach abgeschafft"

**Fernsehsender N24 am 10.09.2007**

"Es ist völlig absurd und bösartig, mich in die rechte Ecke zu stellen"

"Frauen sollten öfter einfach mal den Mund halten. Warum müssen wir immer alles mitbestimmen?"

**Eva Herrmann (<http://www.focus.de/> - Stand: 09.09.2007)**

"... Dass der Mann allein aufgrund seiner natürlichen Veranlagung viel zu wenig für Hausarbeit und Wickelvolontariate ausgestattet ist, interessiert einige Frauen nicht."

"Um es ganz deutlich zu sagen: Nicht jedes Krippenkind wird zum Autisten"

**Eva Herrmann (<http://www.spiegel.de/> - Stand: 09.09.2007)**

"Seit einigen Jahrzehnten verstoßen wir Frauen zunehmend gegen jene Gesetze, die das Überleben unserer menschlichen Spezies einst gesichert haben. Wir missachten sie, weil wir glauben, uns selbst verwirklichen zu müssen."

"Der Mann steht in der Schöpfung als der aktive, kraftvolle, starke und beschützende Part, die Frau dagegen als der empfindsamere, mitfühlende, reinere und mütterliche Teil. (...) Welche Gnade sich in dieser schöpfungsgewollten Aufteilung findet, kann man heute nur noch selten beobachten. Wenn sie aber eingehalten wird, so hat das in aller Regel dauerhafte Harmonie und Frieden in den Familien zur Folge"

"Es ist selbstverständlich, dass Frauen etwas lernen, dass sie sich weiterbilden und Aufgaben auch außerhalb der Familie übernehmen, wenn sie das Talent dafür haben. Doch all das sollte in Maßen geschehen."

"Bei beinahe der Hälfte aller Kinder in Deutschland werden anlässlich der vorschulischen Untersuchungen wegen fehlender Bemutterung deutliche Defizite wie motorische oder sprachliche Störungen, kognitive Entwicklungsbarrieren und verhaltensauffälliges Benehmen festgestellt."

"Es ist die Frau, die in der Wahrnehmung ihres Schöpfungsauftrages die Familie zusammenhalten kann."

**Eva Herrmann (<http://www.cicero.de/> - Stand: 09.09.2007)**

"Wir müssen laut gegen Nazis sein, um Freiheit und Grundverständnis für jeden Menschen zu gewähren."

**Eva Herrmann (<http://www.eva-herrmann.de> - Stand: 09.09.2007)**

## Nazis nicht gewaltbereit?

"Wir haben eine überschaubare, nicht gewaltbereite Szene hier in Celle", zitiert die CZ den Polizeisprecher Christian Riebandt in den Tagen nach der rassistischen Hetzjagd in Mügeln. Und weiter zur lokalen Neonazi-Szene: "Wenn sie gewaltbereit wären, wären sie schon lange auffällig geworden. Es gibt keine Anzeichen für Konflikte [sic!] mit Ausländern." Ach so: Ist ja auch schon fast ein Jahr her, dass eine 20-köpfige Nazibande aus der Bayrischen Botschaft heraus zwei Kurden bedrohte, sie als Kanacken beschimpfte und fragte, ob diese schon mal ein KZ von innen gesehen hätten. Und wenn wir es richtig in Erinnerung haben, bekamen Riebandts Kollegen die Neonazis nur mit Schlagstock- und Pfeffersprayeinsatz unter Kontrolle. - Für die Stadt Celle, die seinerzeit den Nazi-Treffpunkt mal fix schloss, teile Biermanns Stellvertreterin, Susanne Schmidt, mit, über gewaltbereite Rechtsextremisten lägen der Verwaltung "keine Erkenntnisse" vor. - So richtig mit Logik hatte es die Celler Polizei auch nicht, als sie von der CZ nach Nazi-Aufklebern gefragt wurde, die ein Redakteur an Laternenpfählen in Landkreisgemeinden entdeckte. Die würden bei Treffen rechtsextremistischer Gruppen getauscht und kämen so in Umlauf. "Dass sie an Laternenpfählen auch im Celler Land auftauchen, bedeutet nicht, dass es hier Anhänger der entsprechenden Gruppen gäbe." (Und warum eigentlich hört man nichts mehr von Schomburg?)

## Sauberkeit und Ordnung

"Wenn wir Celle für Touristen vermarkten wollen, muss Sauberkeit und Ordnung herrschen", meint CDU-Stadtratsmitglied Frank Pillibet. Ihn stören die "Gelage" in der Blumlage / St. Georgstraße, vor dem Büro der Tourismus-Information und auf dem Schlossplatz. Deshalb will er, dass die Stadt eine Satzung erlässt, in der das Trinken in darin ausgewiesenen "alko-

holfreien Zonen" als Ordnungswidrigkeit geahndet werden kann.

## Spekulatius

Ende Juli sickerte durch, dass sich mit der Gedo GmbH erneut ein Investor für die Errichtung eines Einkaufszentrums zwischen Bergstraße und Südwall interessiert. Die planerischen Schwierigkeiten stecken nach wie vor u.a. in der Parkplatzfrage und der Regelung des Anlieferverkehrs.

## WLAN-Funknetz

Neben Heidelberg wollte Celle die zweite deutsche Stadt mit einem WLAN-Funknetz werden. Dies sollte die Basis sein für einen Einkaufs- und Tourismusführer, der per Handy genutzt werden kann. So hätte man sich dann anzeigen lassen können, wo das Schützenmuseum ist oder welche Innenstadtgeschäfte Glühbirnen führen. Die Kosten waren mit 250000 Euro beziffert 100.000 von der Stadt, 80.000 Euro vom Land - und 70.000 vom innerstädtischen Handel. Über die Folgekosten besteht anscheinend nur große Ahnungslosigkeit. Nachdem das Projekt von Verwaltung und Rat kritiklos auf den Weg gebracht war, betrieb die CZ mal wieder Kommunalpolitik. Chefredakteur Volker Franke gab das teure und nutzlose Spielzeug zum Abschuss frei, aber: CDU, FDP und Bündnisgrüne stellten sich quer. Die Argumente waren "prächtig"; Projektchef Andreas Röper: "Ich kann nur garantieren, dass nichts gemacht wird, was wirtschaftlicher Blödsinn ist."

## Spion und Spion

Als im August die "C l a n d e s t i n e Interplanetary Rebel Clown Army" im Bunten Haus ein "Basic Rebel Clown Training"



anbot ließ es sich die Politische Polizei nicht nehmen, ganz cool auf dem Lidl-Parkplatz zu spionieren, wer sich denn da an Seifenblasengewehren ausbilden lassen wollte. - (Hallo FDP, findest Du das eigentlich noch witzig, wie hier STEUERGELDER verplempert werden?)

## Die Linke

Gerd Morig wurde bei der offiziellen Parteifusion von WASG und PDS zum ersten Celler Kreisvorsitzenden der Partei Die Linke gewählt. Von den insgesamt 44 Mitgliedern wurden dann noch acht in den Kreisvorstand gewählt: Feleknas Uca, Robert Schäfer, Hans-Peter Fleischhauer, Joachim Schmidt-Bisewski, Volker Petran, Birgit Jansen, Jörg Lehr und Lothar Kaminski.

## Turnvater Jahn

Beim Thema Doping war's im Sommer Klaus M. Frieling, der sich so seine Gedanken machte: "Und es geht um die Exzesse grassierender Geschäftemacherei, die dem Sport zunehmend die Unschuld eines Turnvater Jahn rauben." (CZ, 30.07.2007) Wie sagt man noch im Sport: Knapp vorbei ist auch daneben. Ein "unschuldiger" Turnvater Jahn? Sehr daneben. Es sei denn, man findet Rassismus, Antisemitismus und nationalistische Kriegstreiberei "unschuldig".

## Geld macht nicht glücklich

Henning Scherf ist im Ranking gerade noch erträglicher Sozialdemokraten ja eigentlich weit oben, aber was er da in Celle zuletzt seinen ZuhörerInnen auftischte, lässt uns zweifeln. Bei der Vorstellung seines Buches "Grau ist bunt - Was im Alter möglich ist" soll er laut CZ die alte Schmonzette erzählt haben, wonach Geld allein

nicht glücklich macht: "Mit einem Beispiel aus dem eigenen Bekanntenkreis versucht Scherf die Kritik eines Zuhörers zu entkräften, Menschen mit einer guten Pension falle die Gestaltung des Lebensabends doch wohl leichter als jenen Bürgern, die weniger zur Verfügung hätten. Nicht alles sei übers Geld zu machen, entgegnete Scherf und erzählte von einem Mann mit einer 21-Zimmer-Villa, der schließlich nur noch ganz allein in einem Zimmer lebte. "Dem hat sein ganzes Geld am Schluss nicht geholfen."" Ooooooch. Und im übrigen hat das letzte Hemd keine Taschen und eher geht ein Kamel ... Wer's glaubt, kann ja Sozialdemokrat bleiben.

## **Mitleid für arme Multimillionäre. Nein zu hungernden Milliardären. Mehr Herz für Steuerflüchtlinge.**



### **Faßberg sichert Gerdehaus vor Rieger**

Der Rat der Gemeinde Faßberg hat sich im September für das "Gerdehaus" ein Vorkaufsrecht gesichert. Obwohl der Besitzer dies dementiert, ging der Rat wohl davon aus, dass der Rechtsextremist Jürgen Rieger erneut verstärktes Interesse an der Immobilie zeigte. Im vergangenen Jahr war das z.Zt. ungenutzte Hotelgebäude in Gerhus (Faßberg) schon einmal ins Visier Riegers geraten, der bestrebt ist, ein Schulungszentrum für Neonazis in Norddeutschland einzurichten. Mit dem jetzt beschlossenen Vorkaufsrecht kann die Gemeinde Faßberg das Haus zum Verkehrswert von 900.000 Euro erwerben. Ziel ist aber, einen Investor zu finden, der in dem Gebäude ein Heim für Demenzkranke betreiben könnte.

### **Wer soll das bezahlen?**

Bei den Manager-Gehältern müsse man, meint Michael Regehly in einem CZ-Kommentar, "differenzieren": Josef Ackermann etwa habe durch die deutliche Steigerung der Gewinne und des Aktienkurses der Deutschen Bank sein

Millionen-Salär "im ursprünglichen Wortsinn >verdient<". Und überhaupt: "Hohe Managergehälter sind doch an sich nichts Schlechtes. Doch sollten sie stärker als bisher von Leistung und Erfolg abhängen." (CZ, 27.07.2007) Wäre also die Frage, ob er dem Bahnvorstand dann die 300 Prozent gönnt, um die Bezüge zwischen 1999 und 2005 stiegen; von 2005 auf 2006 legte man noch einmal 62 % drauf. Und auch die Ausgangsbasis bewegte sich ja von vornherein im sechsstelligen Bereich. An die streikenden Lokführer hat Regehly dann jedoch folgende Frage: "Gewiss haben die Lokführer eine bessere Bezahlung verdient - aber müssen es wirklich gleich 31 Prozent sein?" (CZ, 07.08.2007) - Und als diskutiert wurde, die Regelleistungen von Langzeiterwerbslosen zu erhöhen, konnte sich Regehly nicht verkneifen, darauf hinzuweisen, "dass mancher Hartz-IV-Empfänger monatlich mehr Geld zur Verfügung hat als jemand, der regelmäßig zur Arbeit geht." Und deshalb: "Eine einseitige Erhöhung ... wäre vor diesem Hintergrund auch sozial ungerecht - abgesehen von der Frage, wer das alles bezahlen soll." (CZ, 10.08.2007)

### **Unverdient inhaftiert**

Die Celler Loge Zum hellleuchtenden Stern ehrt auf ihrer website "Freimaurerpersönlichkeiten", die "es in der Stadt Celle und teilweise über sie hinaus zu bedeutendem Ansehen gebracht und (...) damit geehrt [wurden], daß Celler Straßen ihren Namen erhielten." Darunter Ernst Meyer, wobei es nach einer Aufzählung seiner rührigen Tätigkeiten als Stadtoberhaupt am Ende heißt: "Nach dem Krieg von den Engländern seines Amtes enthoben und bis Ende 1946 unverdient inhaftiert." (<http://www.freimaurer-celle.de/stern13.html>)

### **Mission Landtag**

Kann es sein, dass der CDU-Landtagskandidat Thomas Adasch nicht so ganz die Gunst der CZ-Lokalredaktion genießt? Satirischer kann man jedenfalls im Lokalteil kaum über eine ernstgemeinte CDU-Veranstaltung schreiben, als Gunther Jehle über einen Dämmerstopp im Garten des Kandidaten: "Beim

Heimatkreistreffen Marienwerder hilft er schon mal alten Damen über die Straße, im Landkreis lässt er keine Veranstaltung mehr aus, um wildfremden Menschen die Hand zu schütteln - auch wenn die hinterher gar nicht mehr wissen, wer sie da gerade begrüßt hat - für Thomas Adasch, CDU-Landtagskandidat, hat der Wahlkampf längst begonnen. (...) Adasch freute sich, dass so viel Politprominenz den Weg nach Hambühren gefunden hatte, fühlte sich geehrt (...) und vermied es, etwas Inhaltliches von sich zu geben. Den Part überlies er seinem Ehrengast, Niedersachsens Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann, die gerne hierher gekommen sei, weil sie Adasch als agilen Menschen kennen gelernt habe. "Er sieht nicht nur gut aus, sondern ist auch aktiv", komplementierte Heister-Neumann ihren Gastgeber, während aus dem Schwedenfeuer, das in ihrem Rücken brannte, ein feiner Ascheregen auf die Häupter und die Kleidung der Gäste niederging. "Das ist mit dem Wind heute Abend nicht so günstig. Deshalb lassen wir es jetzt ausgehen", hatte Adasch zuvor erklärt und sich für den Ascheflug entschuldigt. Auf die Idee, die Holzscheite zu löschen, ist wohl niemand gekommen."

## BSG-Antrag zu KdU abgelehnt

Das Bündnis Soziale Gerechtigkeit (BSG) hatte im Kreistag den Antrag eingebracht, die Angemessenheitsobergrenze bei der Miete für Hartz-IV-Empfänger künftig an der Wohngeldtabelle auszurichten. Dies wurde bei Enthaltung von SPD und Bündnisgrünen in der letzten Sitzung



vor der Sommerpause abgelehnt. Damit verhält sich der Landkreis als Leistungsträger für die "Kosten der Unterkunft" nach Auffassung von Andreas Hauptmeyer (BSG) weiterhin rechtswidrig. Er missachte die durchgängige Rechtsprechung des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen, wonach in Städten und Gemeinden, in denen es keinen qualifizierten Mietspiegel gebe, die rechte Spalte der Wohngeldtabelle (+ 10 %) als Richtlinie zu gelten habe. Die BSG hält deshalb an ihrer Forderung fest. Kreistagsabgeordnete von SPD und Bündnisgrünen sehen einen Klärungsbedarf; das Thema soll in der Sozialausschusssitzung am 16. November erneut behandelt werden.

## TuS Celle: 15 B-Fans

In Niedersachsen gibt es laut Innenministerium insgesamt 1.280 Problem-Fußballfans. Diese teilen sich in zwei Kategorien auf: 935 gelten als gewaltbereit (Kategorie B), 340 als Gewalt suchende Fans (C). Die meisten Problemfans sind Mannschaften im Profibereich zuzuordnen. 205 der Problemfans tummeln sich im Umfeld der Oberliga Nord, betroffen sind hier fünf der zehn niedersächsischen Vereine. In der Niedersachsenliga gibt es 70 Problemfans. Sie verteilen sich auf drei von rund 30 Mannschaften. Die Vereine im Einzelnen: Eintracht Braunschweig II (10 B-, 50 C-Fans), VfL Wolfsburg II (Regionalliga, 30 B-, 5 C-Fans), Hannover 96 II (20 B-, 20 C-Fans), VfL Osnabrück II (25 B-, 15 C-Fans), SV Meppen (25 B-, 5 C-Fans), VfB Oldenburg (10 B-, 20 C-Fans), SV Wilhelmshaven II (25 B-Fans), TuS Celle (15 B-Fans). (taz, 19.07.2007)

## Sozialpass Celle

Auch die Celler Bündnisgrünen entdecken die soziale Frage wieder, nachdem man ja lange der Meinung war, Hartz IV ermögliche ein Leben in Saus und Braus. Sie haben jetzt im Stadtrat beantragt, einen "Familien- und Sozialpass für Personen mit geringem

Einkommen und für kinderreiche Familien einzuführen", der "den betroffenen Personen zu besserer Teilhabe am öffentlichen Leben, Kultur und Bildung verhelfen [soll], indem er Vergünstigungen anbietet". Aufgelistet sind u.a. folgende Bereiche: z.B. VHS, Stadtbibliothek, Abonnement Cellesche Zeitung [oho], Kreismusikschule, Theater-, Museums- und Konzertbesuche, Badeland, Gebühren für Essen in Kita und Schule, Benutzung des ÖPNV. - Leider haben sich die Bündnisgrünen nicht auf dem Umfang der Ermäßigung, z.B. für CeBus oder Badeland festgelegt und dies in die Hände der Verwaltung gelegt. Richtig schön (satirisch?) ist dann noch ein Satz aus der Begründung. Kinderreichtum sei nach wie vor ein Armutsrisiko, und: "Wir machen deutlich, dass wir den Folgen der Armut im Projekt familienfreundliche Stadt Celle entgegenwirken." Da lacht den Deutschlehrern das Herz!

## Bühring und Nahtz

Der Celler Neonazi Dennis Bühring will zur Landtagswahl 2008 im Wahlkreis 46 (Celle-Land) für die NPD kandidieren, der Escheder Joachim Nahtz im Wahlkreis Uelzen.

In der Nacht vom 24. auf den 25. Juli



**Wenn Rassisten  
deprimiert sind**

# Hochsicherheitstrakt Celle (1)

## "Die Zellentüren sind luftdicht. Die Zelle ist still."



1978 erschütterte ein Sprengstoffanschlag die nordwestliche Außenmauer der Celler Justizvollzugsanstalt. Der Schaden sollte als "Celler Loch" Geschichte machen. Denn der von den Behörden der RAF als "Befreiungsaktion" untergeschobene Sprengsatz hatte einen Zeitzünder: Acht Jahre später, am 25. April 1986 flog auf, dass der Niedersächsische Verfassungsschutz mit Unterstützung der GSG9 am Werk gewesen war. Den Verantwortlichen stellte ein daraufhin eingerichteter Untersuchungsausschuss des Landtages fest: Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU); eingeweiht waren neben Bundesinnenministerium, BKA und Bundesverfassungsschutz die Landesminister Möcklinghoff und Schwind sowie der Leiter der Celler JVA, Dr. Paul Kühling. Zur Verantwortung gezogen wurde für diese "Vortäuschung einer Straftat" (§ 145d StGB): Niemand.

Im Sommer 1978 gaukelte man der Öffentlichkeit vor, dass es sich um den Versuch einer Befreiungsaktion für den seit dem 12. Juli 1976 in Celle einsitzenden Sigurd Debus gehandelt habe. Dieser war 1974 bei einem Banküberfall verhaftet worden, den er im Zusammenhang mit dem Aufbau einer Hamburger Stadtguerillagruppe durchgeführt hatte. Die von den Medien so genannte "Debus-Bande" agierte unabhängig von den Strukturen der RAF oder der Bewegung 2. Juni; Debus selbst rechnete sich nach seiner Verhaftung nicht den Gefangenen aus der RAF zu. Der Sprengstoffanschlag gab deshalb auch der radikalen Linken Rätsel auf. Dass kein Dementi seitens der RAF kam, hing dabei mit dem so genannten "Dellwo-Papier" zusammen. In diesem bei der Verhaftung von Stefan Wisniewski im Mai 1978 gefundenen Text wurde vorgeschlagen, zur Durchsetzung der Zusammenlegungsforderung der Gefangenen aus der RAF, Anschläge auf Knäste zu machen ("... ohne daß dabei Blut fließt"). Nur: Gerade Celle gehörte nicht zu den dabei konkret genannten Gefängnissen.

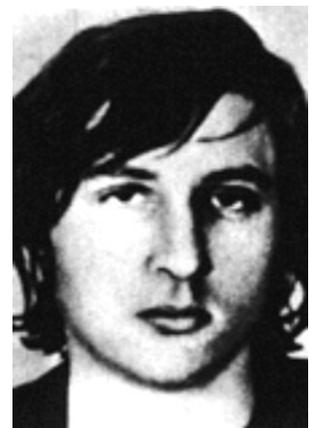
Der wirkliche Zweck der Staatsschutzaktion war, den V-Leuten Klaus-Dieter Loudil und Manfred Berger zu einer "Legende" zu verhelfen. Loudil war wegen schweren Raubes zu zehn Jahren Haft verurteilt und mit Debus bekannt. Die Versuche der beiden Spitzel, Kontakte zu Militanten aufzubauen, verliefen erfolglos im Sande. Die "Operation Neuland", so die amtsinterne Bezeichnung, floppete. Was Ernst

Albrecht im übrigen nicht daran hinderte, 1986 wahrheitswidrig zu behaupten, man habe mit der Geheimdienstaktion "schlimmste Verbrechen verhindern und andere Verbrechen aufklären können". (Vgl. Ellersieck 1987, 14)

Eine andere Legende wurde mit dem "Celler Loch" aber unterfüttert: die von der Notwendigkeit von Hochsicherheitsgefängnissen für politische Gefangene. Einen Monat nach der Ermordung Schleyers und dem Tod von Baader, Ensslin und Raspe in Stammheim im Oktober 1977 hatten die Ministerpräsidenten der Länder beschlossen, die Gefangenen aus RAF und der Bewegung 2. Juni gemäß eines bestimmten Schlüssels auf die Bundesländer aufzuteilen. In Niedersachsen wurde daraufhin in der JVA Celle das Erdgeschoss des westlichen Flügels zu einem Hochsicherheitstrakt umgebaut. Diese Trakte wurden als "Gefängnis im Gefängnis" neben Celle auch in Stammheim, Berlin, Lübeck, Straubing, Frankenthal und Bruchsal errichtet. Von der übrigen Anstalt architektonisch getrennt waren sie so konzipiert, dass die dort Inhaftierten keinen Kontakt mit anderen Gefangenen bekommen konnten.

Am 8. Dezember 1978 kamen Karl-Heinz Dellwo (Foto), Heinz Herlitz und Harry Stürmer in den fertiggestellten Trakt nach Celle. (Sigurd Debus war übrigens zwischenzeitlich in die JVA Hamburg-Fuhlsbüttel verlegt worden.) Dellwo gehörte zu jenem RAF-Kommando, das im April 1975 die deutsche Botschaft in Stockholm mit dem Ziel der Freipressung von Gefangenen aus der RAF besetzt hatte. Bei der gescheiterten Aktion waren zwei Botschaftsangehörige erschossen worden; infolge der ungeklärten Sprengung des Gebäudes starben auch zwei der Botschaftsbesetzer. Dellwo wurde deshalb zu zweimal lebenslänglicher Haft verurteilt. Heinz Herlitz von der Bewegung 2. Juni war im Mai 1977 verhaftet und zu vier Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt worden. Mit ihm zusammen kam Harry Stürmer (ebenfalls Bewegung 2. Juni), der noch eine Reststrafe bis Ende 1980 abzusitzen hatte. Im Jahr 1979 folgte Andreas Vogel, der sich im Knast von der Bewegung 2. Juni kommend der RAF angehängt hatte. Er war bis zum April 1986 in Celle inhaftiert.

Bei den drei großen Hungerstreiks der RAF-Gefangenen in den 1980er Jahren rückte die JVA Celle damit in den



Karl-Heinz Dellwo

Fokus der bundesweiten Öffentlichkeit - und es kam auch in der lokalen Linken zu einer Beschäftigung mit dem Thema "Haftbedingungen", das in seiner Intensität davon gespeist war, den Knast gewissermaßen in unmittelbarer Nachbarschaft zu haben. In dem ersten Bericht, den Karl-Heinz Dellwo bereits zwei Tage nach der Verlegung abfasste, beschrieb er seine Zelle so: "Sie ist im Unterschied zu den üblichen Bauweisen quer zum Gang gebaut und hat zwei Türen. (...) In jeder Zelle[ntür] ist eine viereckige Luke, um Sachen reinzugeben etc. (...) Die beiden Fenster, sehr wichtig, sind für uns nicht zu öffnen. (...) Das ist wichtig, denn nichts strahlt die vollständige Isolation und Abtrennung so demonstrativ aus wie diese Fenster. Über die Lüftung gibt es auch keine Verbindung nach außen. Sie ist so konstruiert, daß kein Ton über sie reinkommt oder rausgeht. Die Zelle ist gelb gestrichen, zwei große Neonröhren an der Decke, eine kleine über einer in die Wand gemauerte Blechplatte, die die Funktion des Spiegels erfüllen soll, die von 7 Uhr morgens bis 23 Uhr abends brennen. (...) Die Zellentüren sind luftdicht. Die Zelle ist still. (...) Gestern hat es z.B. geregnet. Man sieht es zwar, aber man hört es nicht." (Bakker Shut 1985, S. 179-180.)

Zu seiner ersten Zeit im Trakt schrieb er im Jahr 1989: "Die Zellenfenster, dickes Panzerglas, waren vollständig verschlossen. Von außen kamen nur schwache diffuse Geräusche rein. Selbst wenn es stark regnete, haben wir drinnen nichts davon gehört. In den Zellen brannten 16 Stunden am Tag große Neonröhren. Unser einziger sozialer Kontakt der Anwaltsbesuch und eine Stunde pro Monat Privatbesuch hinter Panzerglasscheiben. Jedes Wort mitnotiert von zwei LKA'lern und einem Traktbediensteten. Ich habe in dieser Zeit fast meine Sprache verloren. (...) Mein ganzer Stoffwechsel ist durcheinandergeraten. Monatelang habe ich eine Kopfschmerztablette nach der anderen fressen müssen. Das Leben, das hier unter diesen Bedingungen gar nicht mehr existierte, war nur noch in der Phantasie als Vergangenheit existent. Hier habe ich das erste Mal wirklich sinnlich begriffen, was Isolationsfolter ist. Ich habe damals alle Kräfte mobilisieren müssen, um das zu überleben. Wir haben dann drei Hungerstreiks gemacht. Sie waren das Mittel, wo wir in einer Situation des Nicht-Lebens uns wieder als Subjekte erfuhren. Es war die einzige Möglichkeit, gegen dieses saugende Nichts Widerstand zu leisten und auf dich selbst als Mensch zurückzukommen." (arbeiterkampf, Nr. 304 vom 6.3.1989, S. 10)

Die spezifische Situation in Celle brachte die Gefangenen im Winter/Frühjahr 1979 dazu, zunächst ohne den Gesamtzusammenhang der Gefangenengruppe in Hungerstreik zu treten: zuerst zwei Wochen im Februar, dann vom 12. März bis zum 20. April, wobei die Anstaltsleitung am Ende Zusagen hinsichtlich eines gemeinsamen Hofganges und verbesserter Einkaufs- und Sportmöglichkeiten machte. Die schleppende Umsetzung der Zusagen führt zu einer Wiederaufnahme am 19. Mai, bis am 20. Juni die Hafterleichterungen tatsächlich gewährt werden. - Parallel und unkoordiniert zur Celler Gruppe begannen die anderen Gefangenen aus der RAF am 20. April 1979 ihren insgesamt siebten kollektiven Hungerstreik. Der Staat zeigte keinerlei Bereitschaft, auf die Forderungen nach Zusammenlegung

positiv zu reagieren. Daraufhin verübte die RAF am 25. Juni einen Anschlag auf den NATO-General Haig, der scheiterte. Auch Verhandlungen über eine Verbesserung der Haftbedingungen zwischen amnesty International und dem Bundesjustizministerium waren ergebnislos geblieben. Der Hungerstreik wurde abgebrochen.

Besonders infam war zu Beginn, dass das Justizministerium auch zwei Neonazis im Trakt inhaftierte: Michael Kühnen und Lothar Schulte. Beide warteten auf die Eröffnung des am Celler Oberlandesgericht verhandelten Prozesses gegen Kühnens "Hansa-Bande". In diesem so genannten "Bückeburger-Prozess" wurden Kühnen wegen Volksverhetzung und Verbreitung von neofaschistischen Propagandamaterialien zu vier Jahren Haft, Schulte u.a. wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen/terroristischen Vereinigung zu elfeinhalb Jahren verurteilt. - Da die Gefangenen aus RAF und 2. Juni mit ihnen nichts zu tun haben wollen, musste das Gemeinschafts- und Fernsehzimmer im Wechsel genutzt werden. Als das Justizministerium einen gemeinsamen Hofgang "verordnen" wollte, drohte Dellwo, sich jedes Mal mit den Nazis zu prügeln. Damit hatte sich die Sache erledigt.

In den Trakt wurden im übrigen - zumindest in der Anfangszeit - immer mal wieder so genannte "Vollzugsstörer" gesteckt. Über die Sonderhaftbedingungen kam einiges im Zuge eines Prozesses gegen Vollzugsbeamte im September 1982 an die Öffentlichkeit. Sie waren von einem Gefangenen angezeigt worden, der im Zuge einer Verlegung in den Trakt misshandelt worden war. Ein Zeuge bezeichnete den Trakt als "Folterstation" und berichtete von den verschärften Haftbedingungen. (Vgl. Zündel, 10/1982, S. 3)

Den ersten Versuch zur Herstellung von Öffentlichkeit in Celle hatte bereits im April 1979 die Ortsgruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) unternommen. Ihre Mitgliedern initiierten über die BI zum Schutz vor Atomenergiegefahren ein Flugblatt und eine Veranstaltung im "Haus der Jugend" am 6. April; Thema: "Zur Situation im Celler Isolationstrakt". Gefordert wurde die Schließung des Trakts und die Aufhebung der Isolation. Als Referenten waren u.a. der Rechtsanwalt Henning Plähn und der Sozialpädagoge K.-P. Meyer eingeladen. Im Anschluss gab der KBW eine 12-seitige Flugschrift heraus, in der u.a. über die Ziele des Hungerstreiks und den Celler Trakt informiert wurde. Während der Fernsehübertragung des Ostergottesdienstes aus der Celler Stadtkirche kam es zu "Störungen" durch Demonstranten, die die Auflösung des Sicherheitstrakts forderten. (HAZ, 19.04.1979) Die Aktion ging aus von einer "Knastgruppe" des Jugendzentrums "Wildes Huhn" in Salzgitter. Vom 5. Februar bis 16. April 1981 streikten die Gefangenen der RAF erneut für eine Zusammenlegung in größere Gruppen. Erstmals widmete sich auch die Lokalpresse den Haftbedingungen. Mitte Mai hatte das niedersächsische Justizministerium die Landespressekonferenz zu einem Ortstermin geladen. Jan Klugkist kam in der Celleschen Zeitung zu dem Fazit: "Keine menschenunwürdige Behandlung ... Von >Isolationsfolter< ist ... wirklich nichts zu erkennen". Die neugebauten, sauberen Einzelzellen würden ihn "mehr an Pensionszimmer" erinnern als an Knast: "Die

einziges >Isolierung< besteht darin, daß sie von den anderen Gefangenen streng getrennt sind." (CZ, 16.05.1981)

Die plumpe Leugnung von Isolationshaftbedingungen ging während des Hungerstreiks vor allem durch die Intervention von amnesty international und einen Ärzte-Appell gegen Zwangsernährung nicht mehr auf. Trotzdem: Die Unterstützung der Forderungen blieb im Kern auf wenige linksradikale Gruppen beschränkt. Und auch diese sahen sich einem enorm repressiven Druck ausgesetzt. Wer etwa Flugblätter mit der Hungerstreikerklärung verteilte, konnte mit einem Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (StGB § 129a) rechnen - Solidarität wurde kriminalisiert.

In Celle führte dies z.B. dazu, dass ein Flugblatt nicht auf der Straße verteilt, sondern auf die Telefonbüchern der seinerzeit noch vorhandenen Telefonhäuschen geklebt wurden. Selbst nach dem Ende des Hungerstreiks veröffentlichte das linksalternative Stadtblatt "Celler Zündel" einen Artikel zu Hungerstreik und Trakt nur mit der redaktionellen Vorbemerkung, dass "unabhängig von der Einschätzung der politischen Positionen der Hungerstreikenden" Isolationshaft und Hochsicherheitstrakte unter Menschenrechtsgesichtspunkten abgeschafft gehörten. (Zündel, Mai 1981, S. 21-22.) Ein Vertreter von ai reagierte mit einem Leserbrief: Die Inhaftierten seien nach den Kriterien der Organisation keine "politischen Gefangenen". Verurteilt wurde aber die Isolationshaft und der Kleingruppen-Vollzug und detailliert listete der ai-Vertreter die zu erwartenden gesundheitlichen Schäden auf. (Zündel, Nr. 3, Juni/Juli 1981, S. 3-4.)

Mehrere Gefangene befanden sich während des Hungerstreiks in lebensbedrohlichem Zustand und wurden zwangsernährt, darunter in Celle auch Karl-Heinz Dellwo (ein detaillierten Bericht dazu findet sich in Bakker Shut 1985, S. 269-272). Über hundert Ärzte aus den Niederlanden und der BRD unterzeichneten eine Resolution, in der Zwangsernährung als Gewaltmittel charakterisiert wurde, um den Widerstand der Gefangenen zu brechen: "Sie ist in dieser lebensbedrohlichen Situation sogar ein direkter Angriff auf das Leben." Ihre Warnung sollte sich bewahrheiten. Am 16. April 1981 wurde der Hungerstreik beendet nach Zusagen von Bundesjustizminister Schmude, kein Gefangener würde in Einzelisolation verbleiben. Erst daraufhin wurde der Tod von Sigurd Debus bekannt gegeben; er war in Hamburg seit einem Monat zwangsernährt worden und nach mehrtägiger Bewusstlosigkeit gestorben. Manche Quellen sprechen davon, er sei bereits am 11. April "klinisch tot" gewesen; mit dem scheinbar zu seiner Befreiung initiierten VS-Anschlag waren auch im Hamburger Knast die verschärften Haftbedingungen begründet worden, gegen die er mit dem Hungerstreik kämpfte. (Vgl. Bakker Shut 1985, S. 130-136; Göbbert 2007)

Für die Gefangenen in Celle hatte der Hungerstreik gebracht, dass die Zellenfenster geöffnet werden konnten. Und: Nach den Haftentlassung von Harry Stürmer und Heinz Herlitz wurde die Gruppe

zunächst am 16. September 1981 mit Knut Folkerts, dann am 4. Mai 1982 mit Lutz Taufer "aufgestockt". Taufer war wie Dellwo an der Stockholmer Botschaftsaktion beteiligt gewesen. Folkerts hatte bei seiner Verhaftung in den Niederlanden einen Polizisten erschossen und war in Deutschland wegen der Ermordung von Generalbundesanwalt Buback verurteilt worden.

Die damals kleine Celler Antiimp/Autonomem-"Fraktion" hatte in einer hektografierten Zeitschrift mit dem schönen Titel "Schwarze Zelle" im April 1982 über den Hochsicherheitstrakt und die Situation von Lutz Taufer berichtet, der darum kämpfte, von Schwalmstadt in die Celler Gruppe verlegt zu werden. Der Zündel hatte eine entsprechende Veröffentlichung abgelehnt. Dort erschien aber im April 1984 ein Bericht über ein Gespräch mit den Hannoverschen Anwälten von Lutz Taufer, Dieter Adler und Renate Trobitzsch. Diese verwiesen zum einen darauf, dass "der Isolation auch mit Kleinstgruppen nicht entgegengetreten werden" könne, zum anderen auf den Versuch der Bundesanwaltschaft mit dem Konstrukt eines "illegalen Informationssystems" unter den Gefangenen die Haftbedingungen wieder zu verschärfen. Dies betraf insbesondere maßlose Beschränkungen bei Besuchen, Post und Büchern. (Zündel, 4/1984, S. 30-32)

Am 4. Dezember 1985 begannen die Gefangenen aus der RAF daraufhin erneut einen Hungerstreik. Die Solidaritätsbewegung war insbesondere durch das Spektrum der "Anti-Imps" getragen, das sich politisch auf das so genannte "Front-Papier" der RAF bezog. Als zentrale Widerspruchslinien sah die RAF "Staat - Gesellschaft", "Metropole - Trikont" und "West - Ost". Die manipulative und militärische Unterdrückung der Gesellschaft durch den Staat mache dessen bewaffnete Bekämpfung erforderlich. Am 30. Januar 1985 demonstrierten in Celle rund 500 Menschen, im wesentlichen Antiimps und Autonome in einem Polizeikessel von der Innenstadt zum Knast und zurück, wobei die TeilnehmerInnen aus Celle sich an zwei Händen abzählen ließen. Der Grüne Landtagsabgeordnete Rohloff übergab dabei dem Anstaltsleiter Dr. Kühling eine Resolution. (taz, 01.02.1985) Zum Zeitpunkt der Demonstration lag Knut Folkerts in der MHH Hannover; er war am Vortag kurzzeitig bewusstlos geworden. Dort war vom Justizministerium eine Kontaktsperre gegen seine Anwältin verhängt worden.



Demonstration in Celle 1985

Die Gefangenen beendeten den Hungerstreik nach der Ermordung des MTU-Chefs Ernst Zimmermann durch die RAF am 1. Februar 1985. Für die Bundesregierung hatte der Staatssekretär Klaus Kinkel am 27. Januar gegenüber den Anwälten eine Erklärung abgegeben, die keinerlei Zugeständnisse der Regierung hinsichtlich der Haftbedingungen erwarten ließ. Die Bundestagsfraktion der Grünen brachte am 7. Februar einen Gesetzentwurf "zum Verbot unmenschlicher Haftbedingungen" ein, der - wie nicht anders zu erwarten - keine Mehrheit fand. (Zündel, 3/1985, S. 23) Auch die niedersächsischen Grünen und hier insbesondere der Landtagsabgeordnete Dieter Rohloff blieben an dem Thema dran. Am 6. Mai 1986 fand im "Le Bistro" eine Info-Veranstaltung zu den Themen "Sonderbehandlung - Sicherheitsverwahrung - Hochsicherheitstrakt" statt. Der Landtagsabgeordnete forderte die Schließung des Hochsicherheitstrakts. (CZ, 26.06.1986)

Für die Initiativen der neuen sozialen Bewegungen und linke Gruppen war das Verhältnis zur RAF und zu den Gefangenen in den 1970er und 1980er Jahren sehr problematisch. Eine fast ungebrochene Identifizierung und Solidarität gab es nur im Lager der "Anti-Imps". Dieses Spektrum spielte in der Celler Provinz aber eine absolut marginale Rolle. Die "Autonomen" hingegen, die in Anti-AKW- und AntiFa-Initiativen mitarbeiteten, befürworteten zwar Militanz gegen Projekte der Atomindustrie, Neonazi-Objekte, Militär oder Polizei, als sinnvolle Strategie, aber nicht die "militärischen" Aktionen der RAF. Hinzu kam, dass der Avantgarde-Anspruch der RAF und ihres Umfelds keineswegs akzeptiert wurde. Mit den Hungerstreiks wurde dennoch ein enormer Solidarisierungsdruck aufgebaut. - Wer sich tatsächlich wegen des "Einen Punktes" in einer "Ein-Punkt-Bewegungen" engagierte, wollte dagegen in der Regel nicht in die Auseinandersetzungen um Haftbedingungen von RAF-Gefangenen hineingezogen werden. Dass die Grünen sich in der Öffentlichkeit deutlich gegen die Haftbedingungen im Hochsicherheitstrakt positionierten, hing auf Bundesebene mit der seinerzeit vorhandenen ökosozialistischen Mehrheit in der Parteispitze zusammen; in Niedersachsen war es vor allem dem Engagement einzelner "Strafrechtsexperten" zuzuschreiben.

Noch kurz zurück zum "Celler Loch". Für die Cellesche Zeitung rechtfertigte der Verleger Georg Christian Pffingsten 1986 die Staatsschutz-Aktion auf der Titelseite: "Der Terrorismus gehört zu den Krebschäden unserer Gesellschaft - soviel ist sicher ... deshalb ist es legitim, wenn der Staat dies mit allen nur möglichen Mitteln bekämpft." Schwerer als alle Gegenargumente würde wiegen, "daß offensichtlich durch das unkonventionelle Vorgehen in Celle Menschenleben gerettet werden konnten - und das ist in letzter Konsequenz das Entscheidende." (CZ, 26. 04.1986) Und der heutige Celler Oberbürgermeister Martin Biermann, seinerzeit Generalsekretär der Niedersächsischen CDU, meinte, die V-Leute hätten wegen ihre Verdienste einen Orden verdient (so jedenfalls Trittin 1986). Jürgen Seifert, damals Professor an der Uni Hannover und Vorsitzender der Humanistischen Union sah das anders: "Das ist ein so schwerwiegender Bruch unserer Rechtsordnung, dass man keine

Beschönigungsversuche zulassen darf [...] Wenn ein Staat selbst kriminell wird und außerhalb der Rechtsordnung tritt, dann ist das schlimmer als das Handeln eines gewöhnlichen Verbrechers. Ein rechtswidriger Akt darf nicht durch politische Behörden gesandbetet werden." (Hannoversche Neue Presse, 29.04.1986)

Im September 1998 wurde übrigens der Mauerabschnitt des "Celler Lochs" zu einem Denkmal umgestaltet und im Innenhof der JVA aufgerichtet. Die Inschrift auf der Tafel soll den Text



tragen: "In der Zeit der terroristischen Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland war es ein Versuch des Staates, mit einem provozierten Bombenanschlag auf die Außenmauer der JVA Celle Informanten in die Terroristenszene einzuschleusen." (Celler Kurier, 20.09.1998)

Dass die "Staatsfeinde" letztlich doch durch das "Celler Loch" in die so genannte Freiheit geschleust wurden, soll im 2. Teil dieses Rückblicks erzählt werden, der die Jahre zwischen 1987 und 1998 umfasst.

#### Quellen:

Bakker Shut, Pieter (Hg.): Todesschüsse. Isolationshaft. Eingriffe ins Verteidigungsrecht. Hamburg 1985.

Dellwo, Karl-Heinz: "Diese Haft ist menschenverachtende Brutalität" - Bericht von Karl-Heinz Dellwo zu seinen Haftbedingungen; in: arbeiterkampf, Nr. 304 (06.03.1989)

Dokumentation zu den Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand - März 1985; hg. von den Anwältinnen und Anwälten Dieter Adler u.a. Hannover.

Ellersiek, Christa / Becker, Wolfgang: Das Celler Loch. Die Hintergründe der Aktion Feuerzauber. Hamburg 1987.

Göbbert, Rolf: Sigurd Debus - Der Weg in den politischen Untergrund und die Staatsaffäre "Das Celler Loch"; in: Heimatkalender für den Landkreis Verden 2007, S. 352-362.

Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF. Berlin 1997.

Trittin, Jürgen: Mauer Power; in: Stadtmagazin Schädelpalter 6/1986, S. 22-24.

Trittin, Jürgen: Das Lockspitzelsystem - Wie Sicherheitsbehörden sich selbst beschäftigen.; in: Jürgen Hogrefe/Eckart Spoo (Hg.), Niedersächsische Skandalchronik. Göttingen 1990, S. 27-48.

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung, Soldaten und Reservisten, Bezirk Hannover (Hg.): Flugschrift. Schließung des Isolationstraktes in Celle! Weg mit der Isolationshaft! Hannover 1979.

Von der Zwangsernährung zur 'Koma-Lösung'. Methoden des Staatsschutzes gegen die Gefangenen im kollektiven Hungerstreik 1984/85. Die 'saubere Linie', erprobt am Gefangenen aus der RAF, Knut Folkerts. Berichte, Analysen, Dokumente. Hg. von den Anwältinnen und Anwälten Dieter Adler u.a. Hannover 1985.

# Neue Studie

## Rechtsanwälte im Nationalsozialismus



Nachdem die Rolle lokaler Eliten im Nationalsozialismus zuletzt rund um den Fall Ernst Meyer einiges Interesse geweckt hat, wird vielleicht auch Hinrich Rüplings Veröffentlichung "Rechtsanwälte im Bezirk Celle während des Nationalsozialismus" mehr LeserInnen finden als für akademische Veröffentlichungen üblich. Rüping, bis ins Frühjahr Professor an der Juristischen Fakultät der Uni Hannover, hatte sich bei einer Untersuchung zu Staatsanwälten in den 1990er Jahren schon mal auf das umfangreiche Material der Celler Oberlandesgerichts gestützt. Jetzt sind es die Personalakten der Rechtsanwälte und Notare.

Wie verhielt sich diese Berufselite im und gegenüber dem Nationalsozialismus? Welchen Repressionen und Disziplinierungen war sie ausgesetzt? Wie erklärt sich andererseits die Identifizierung großer Teile der Anwaltschaft mit dem Regime? Welches Selbstbild ergibt sich aus den Entnazifizierungsakten und den Wiederzulassungsverfahren?

An neuen biografischen Abrissen, die neben drei Funktionsträgern der Anwalts- bzw. Notarkammern jeweils drei "Denunzianten" und drei "Verfolgte" vorstellen, findet Rüping einen schnellen Einstieg ins Thema, ohne mit methodischen Vorüberlegungen zu langweilen. Aus Celle ist übrigens der Kammerpräsident Focko Poppen Meiborg dabei, der seit 1932 der NSDAP angehörte und im April 1933 vom Oberlandesgerichtspräsidenten in sein Amt eingeführt worden war. Obwohl er sich nach Auffassung des "Obersten Klägers" im Entnazifizierungsverfahren "zum Werkzeug nationalsozialistischer Terror-Methoden gemacht [habe], um die Unabhängigkeit des Anwaltsstandes zu unterdrücken", wurde er durch den Landesausschuss für Entnazifizierung letztlich als "Mitläufer" eingestuft und konnte 1951 in Bad Münde seine Wiederzulassung erreichen.

[Dieses Kapitel ist als Auszug unter: [http://www.amazon.de/gp/reader/383051333X/ref=sib\\_rdr\\_ex/028-8671415-7897331?ie=UTF8&p=S00J&j=0#reader-page](http://www.amazon.de/gp/reader/383051333X/ref=sib_rdr_ex/028-8671415-7897331?ie=UTF8&p=S00J&j=0#reader-page) zu lesen.]

Unter den Einzelbiografien ist leider keine der 35 jüdischen Anwälte, denen schon 1933 die Berufsausübung untersagt wurde. Die "Spaltung" der Anwaltschaft entlang eines antisemitischen Rassismus lässt sich aber auch an den Lebensgeschichten von Wilhelm Dieckmann erahnen, der mit einer Jüdin verheiratet war, oder dem Notar August Hackradt, der sich wiederholt mit dem Vorwurf auseinandersetzen musste, es an der "nötigen Distanz" zu Juden fehlen zu lassen.

Eine der zentralen Thesen Rüplings ist es, dass der Nationalsozialismus den Berufsstand gespalten habe, "indem

die rassistisch und politisch >Zuverlässigen< durch Ausgrenzung der <Unzuverlässigen< beruflich gesichert" wurden. Dass dies so widerspruchsfrei erfolgen konnte, führt der Autor zum einen auf die justizgeschichtliche Stellung der Rechtsanwälte in Deutschland, zum anderen auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Berufsgruppe zum Ende der Weimarer Republik zurück. In der deutschen Justiztradition waren Rechtsanwälte als "Organ der Rechtspflege" immer gewissermaßen "Staatsdiener". Der Schritt zum "Rechtswahrer" des Nationalsozialismus und seiner Verpflichtung gegenüber einer "Volksgemeinschaft" und nicht als Vertreter der Interessen des Mandanten war von daher kein tiefgreifender Bruch. Und indem die Berufselite wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten schon vor 1933 die "freie Advokatur" zur Disposition stellte, als ihre Vertretungsorgane die Einführung von Zulassungsbeschränkungen forderten, öffnete sie auch auf dieser Ebene das Einfallstor für die von der Nazi-Regierung umgesetzte Spaltung. So trafen Maßnahmen zur Ausgrenzung von jüdischen und kommunistischen Anwälten und 1936 auch der Frauen kaum auf Widerspruch.

In dem "empirischen" Teil der Untersuchung widmet sich Rüping u.a. ausführlich den Mitgliedschaften in der NSDAP und nationalsozialistischen Gruppierungen und Verbänden. Dies geschieht über die Personal- und die Entnazifizierungsakten. Belegt werden Fälle einer - zumindest im Selbstbild der Betroffenen - gewissermaßen abgenötigten Mitgliedschaft, ohne die z.B. eine Zulassung zur Anwaltschaft auf schwer zu überwindende Barrieren stieß. Gleichwohl lässt sich festhalten, dass man nicht Mitglied der NSDAP werden musste. Unübersehbar und dokumentiert sind die vielen Fälle auf eigener Entscheidung beruhender Identifikation mit dem Nationalsozialismus. Leider verzichtet Rüping auf eine nachvollziehbare Quantifizierung. Seine Auswertung der Motive, die die Rechtsanwälte im Rahmen der Wiederzulassungsverfahren nach 1945 angeben, fällt dafür überaus differenziert aus.

Ist man zu Beginn der Untersuchung eher erfreut darüber, keine ausführliche Darstellung von Forschungsstand, Fragestellung und Methode vorgesetzt zu bekommen, bleiben am Ende aber genau deshalb etliche Fragen offen. Vielleicht hängt dies aber auch damit zusammen, dass Rüping sich des Themas rein justizhistorisch annimmt und den Forschungsstand etwa der Geschichts- und Politikwissenschaften zum Nationalsozialismus nicht in seine Studie einbindet.

Rüping, Hinrich: Rechtsanwälte im Bezirk Celle während des Nationalsozialismus. Berlin (Berliner Wissenschafts-Verlag) 2007. 293 Seiten. Preis: 44,00 € (ISBN: 978-3-8305-1333-9)

### Warum urteilen Menschen rassistisch? Veranstaltung mit Thomas Kliche

Das Celler Forum gegen Rechtsextremismus und Gewalt hat in Kooperation mit dem Rosa-Luxemburg-Club den Hamburger Dipl. Psychologen Thomas Kliche zum Thema "Rechtsextremismus als Nervengift. Die Politische Psychologie der Sozialen Dominanzorientierung" eingeladen. Die Veranstaltung findet statt am Do., 11.10.2007, um 19 Uhr in Kreuzkirche, Windmühlenstraße 45a.

Rechtsextreme Gefühls-, Vorurteils- und Handlungsmuster haben viele Gesichter, auch sehr unauffällige, aber einige gemeinsame Wurzeln. Die liegen nicht in politischem oder geschichtlichem Kenntnissen, Gedanken oder Überzeugungen, sondern in psychologischen Faktoren: Biographien, Persönlichkeitsprägungen, Gruppendynamik und der leisen Unterstützung durch schulische, berufliche und mediale Erfahrungen und alltäglichen Opportunismus in einer Dominanzgesellschaft. Thomas Kliche stellt die wichtigsten entwicklungspsychologischen, psychodynamischen, sozialisa-

tions- und lerntheoretischen Erklärungsmodelle vor. Deutlich wird: Rechtsextremismus bietet für viele ein emotional attraktives Programm; deshalb besteht ein fließendes Spektrum zwischen mörderischen Neonazis und hämischer kleiner Alltagsausgrenzung. Daraus ergeben sich unterschiedliche Präventions- und Handlungsmöglichkeiten.

Thomas Kliche ist Lehrbeauftragter an der Uni Hamburg und Vorsitzender der Sektion Politische Psychologie im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP). Er ist Mitherausgeber des Bandes "Politische Psychologie der Fremdenfeindlichkeit. Opfer - Täter - Mittäter" im Weinheimer Juventa-Verlag.

Ein interessantes Blog-Interview mit ihm zum Thema "Innere Sicherheit" findet sich übrigens unter: <http://www.hanno.de/blog/2007/politische-psychologie-thomas-kliche-weiterbefragt/>

### Berliner Compagnie - Das Blaue Wunder Ein Theaterstück über die aufhaltsame Privatisierung des Wassers

Der Weltladen, attac und die GEW haben am Di., den 6.11., die Theatergruppe "Berliner Compagnie" zu einem Gastspiel nach Celle eingeladen. Im Forum des Burgschulzentrums bringen die Berliner mit "Das Blaue Wunder" ein "Theaterstück über die aufhaltsame Privatisierung des Wassers" auf die Bühne.

Die BC selbst schreibt zu ihrem Stück: "Das Trinkwasser wird knapp. Dadurch empfiehlt es sich dem nach profitablen Anlagen suchenden Kapital. Kein Land also, dem nicht das blaue Wunder versprochen wird, kein von Geldnöten geplagter Kommunalpolitiker, der nicht darauf versessen wäre, die Wasserversorgung seiner Stadt zu privatisieren. Aber auch keine Privatisierung, der nicht der Katzenjammer folgt. Die Konzerne investieren nicht ausreichend ins Netz, die Qualität

des Wassers sinkt, ein Großteil der Angestellten wird entlassen und die Wasserpreise steigen horrend. Trotz dieser Erfahrungen und obwohl die Behauptung, private Unternehmen würden überall besser arbeiten als öffentliche Betriebe, im Wasserbereich auf eklatante Weise widerlegt worden ist, wird mit Unterstützung kurzsichtiger oder korrupter Politiker, der Weltbank und sogar des deutschen BMZ die Privatisierung der Wasserversorgung weltweit vorangetrieben. Weltweit aber stehen auch immer mehr Menschen dagegen auf, dass ihnen ihr wichtigstes öffentliches Gut entrissen wird. In unserem Stück zentral: der "Wasserkrieg von Cochabamba" im Jahr 2000 in Bolivien. Nach Tarifierhöhungen bis zu 300 %, der Enteignung ihrer Brunnen und dem Ansinnen, selbst für aufgefangenes Regenwasser an den Bechtel-Konzern zu zahlen, ging die Bevölkerung auf die Barrikaden. Vier Monate lang tobte der Kampf. Am Ende verließen die Manager fluchtartig das Land, und das Wasser ging wieder in die öffentliche Hand zurück. Mit dieser Handlung verbinden wir andere Schauplätze des Kampfes: vor allem Berlin, aber auch Hamburg, Münster, Mülheim, Beilrode-Arzberg, London, Jakarta, Manila und andere Städte kommen vor. Die Figuren im Stück sind ausgedacht, die zugrundeliegenden Fakten sind es nicht. In dieser Gangsterkomödie ist leider nur wenig erfunden. So führt die Inszenierung im Stil eines Comics die weltweite Auseinandersetzung um das Wasser vor: Szenen des Verbrechens, des Leidens und des Aufbegehrens, des organisierten Protestes und des Siegs. - Die Privatisierungen sind aufhaltbar."



# Termine im Kino achteinhalb:



**Kino achteinhalb, Gelände der CD-Kaserne neben dem Bunten Haus, Hannoversche Str. 30, Celle**  
**Wenn nichts anderes erwähnt wird, immer freitags, Beginn: 20.30 Uhr**  
**Eintritt: 4,50 EUR**

**6./7.10.2007 - Zeit zu gehen**

Zeit zu gehen ist ein Dokumentarfilm über das große Tabu unserer Zeit: das Sterben. Anita Natmeßnig und ihr Team nahmen drei Monate am Alltag im CS Hospiz Rennweg teil, eine 12-Betten-Station, wo das Sterben als natürlicher Teil des Lebens akzeptiert wird. Der Film zeigt, wie sechs unheilbar krebserkrankte Menschen die letzten Monate, Wochen und Tage ihres Lebens verbringen. Er macht Sterbende sichtbar und hörbar - dabei wird deutlich: Im Angesicht des Todes geht es um das Leben. Das Sterben wird mit großem Respekt gezeigt, und mit Einwilligung aller Protagonisten. Dass es überhaupt eine Dreherlaubnis von der Hospiz Leitung gab - um die schon viele vergeblich angesucht hatten - lag an dem Vertrauen, das die Leitung der Filmemacherin entgegenbrachte. Denn Anita Natmeßnig hatte im Rahmen ihrer Psychotherapieausbildung ein mehrmonatiges Praktikum im Hospiz absolviert. Nicht Sterben als Sensation, sondern Sterben als Alltag - und als Geheimnis, als geheimnisvoller Übergang - wohin? Das zeigt

der Film Zeit zu gehen - und nicht ohne Witz, denn auch im Angesicht des eigenen Sterbens bleibt echten Wienern wie Herrn Moser oder der Frau Reisinger der Humor erhalten.

**26./27.10.2007 - Full Metall Village**

Heiterer Dokumentarfilm über das schleswig-holsteinische Dorf Wacken, dessen ländliche Stille alljährlich vom weltweit größten Metal-Musikfestival unterbrochen wird. Die Dramaturgie konzentriert sich dabei auf das Aufeinandertreffen der bäuerlichen Kultur mit jugendlichen Musikliebhabern, wobei es jedoch um keine problemorientierten Tiefenbohrungen geht, sondern eher um vergnügliche Exkurse in Befindlichkeiten, deren Charme nicht nur den Protagonisten, sondern nicht zuletzt auch dem Talent der Regisseurin im Umgang mit ihren Interviewpartnern geschuldet ist.

**9./10.11.2007 - The Cemetery Club**

Die israelische Filmemacherin beobachtet den Jerusalemer Seniorenclub ?Mount Herzl Academy?, dessen betagte Mitglieder sich jeden Samstag am Rand des gleichnamigen Nationalfriedhofs treffen, um aktuelle weltgeschichtliche Fragen zu debattieren, aber auch, um über Leben und Tod allgemein sowie und über den Holocaust zu reden. Ein zärtliches, subtil humorvolles Gruppenporträt, das ernste Themen mit einfühlsamer Anteilnahme aufgreift und einen durchaus vergnüglichen Blick auf das Leben und die Würde alter Menschen wirft.

**Di. 02.10.2007., 21:30 Uhr**

Die Reunion-Party mit DJ Raymond S. & DJ GAZ

Das "Le Freak" war einer der angesagtesten Clubs in Celle. 1994 wurde er geschlossen. Doch der Geist lebt weiter und so feiern alte und neue Gäste der "Le Freak-Party" jedes Jahr am 02.10. die große "Le Freak-Reunion-Party", die ein fester Bestandteil in vielen Terminkalendern geworden ist. Die beiden DJ's Raymond S. und GAZ, die natürlich als Resident-DJs im Club "Le Freak" hinter den Plattentellern standen, sorgen für den besten Partysound aus den letzten drei Jahrzehnte, so dass bis in die Morgenstunden getanzt und gefeiert werden kann.

Eintritt: 6,00 EUR  
 CD-Kaserne, Celle  
 Hannoversche Str. 30

**Fr. 05.10.2007, 21:00 Uhr**

Achtung Baby

U2- Covershow - Rock vom Feinsten  
 U2 ist die erfolgreichste Rockmusikgruppe aus der Republik Irland und eine der bekanntesten Rockgruppen weltweit.

Die Coverband "Achtung Baby" hat sich ganz dem Sound der legendären Kultrockers verschrieben und bietet live die einmalige Möglichkeit, die ultimative Vision von U2 zu erleben!

Die Band spielt das komplette Hit-Portfolio von den frühen Hits wie "New Years Day" oder "Sunday, Bloody Sunday", über wichtige U2 Klassiker wie "Pride", "With Or Without You" und "I Still Haven't Found What I'm Looking For", bis hin zu gegenwärtigen Songs wie "Beautiful Day" und "Vertigo". Dabei achten die vier genau auf die zeitgerechte Bühnenperformance in

Sound und Optik und vermitteln so dem Zuschauer das audiovisuelle Erlebnis einer "echten" U2-Show!

Eintritt: 11,90/13,00 EUR  
 CD-Kaserne, Celle  
 Hannoversche Str. 30

**So. 07.10.2007**

Flohmarkt auf dem Findelhof  
 Bockelskamp

**So. 07.10.2007, 11:00 Uhr**

Kinder und Jugendliche im Konzentrationslager Bergen-Belsen  
 Führung mit Elke von Meding über das Gelände des ehemaligen Lagers  
 Gedenkstätte Bergen-Belsen

**Sa. 13.10.2007, 19:00 Uhr**

Musiker Camp 2006-Revival  
 Beim Musiker Camp Revival am 13.10.2007 spielen die Bands des Mu-

## TERMINE

siker Camps 2006 noch einmal LIVE in der CD-Kaserne! Folgende Bands haben bisher zugesagt: Amplify, Brite, Norman Keil, Ivy Mellin, Mein Popstar, Mr Möörl, Peachbox, Planet Faith, Promises!Promises!, Saga´s Suitcase, Saint Koppsschuss, The Splendid, please.me (Useless)  
 Eintritt: 5,00 EUR  
 CD-Kaserne, Celle  
 Hannoversche Str. 30

**Do, 18.10.2007, 20:00 Uhr**  
 Eure Mütter - Runterschalten, Fresse halten!  
 Eure Mütter laden zu einer Comedy-Show ein, die sich gewaschen hat. Sie schalten runter, geben Vollgas und ersetzen den erhobenen Zeigefinger geschickt durch den Mittelfinger.  
 Eure Mütter - auch deine könnte dabei sein.  
 Eintritt: 15,90/17,00 EUR  
 CD-Kaserne, Celle  
 Hannoversche Str. 30

**Sa. 20.10.2007**  
 Solikonzert für den Infoladen Paderborn  
 Punkrock  
 Mehrfache Angriffe von Nazis auf den Infoladen in Paderborn, bei denen die Frontscheiben zerstört wurden, haben den Infoladen finanziell stark belastet. Mit diesem Konzert soll das Projekt unterstützt werden.  
 Es spielen: Sastemehla - RAFzahn - Abfluss  
 Buntes Haus Celle  
 Hannoversche Str. 30f

**Sa. 20.10.2007, 21:00 Uhr**  
 Sixtyfive Cadillac "Highenergysoul-show"  
 Laut Bandleader und Bassist Walter Kohn ist das musikalische Konzept recht offen. Zwar benutzen die Musiker die Songs der Blues Brothers, Beatles, Hendrix's, die großen Soulhits der Sechziger, arrangieren die Musik aber grundsätzlich um. "Sind das wirklich alles Oldies?" wird die Band nach ihren Auftritten ungläubig gefragt.  
 Eintritt: 12,90/14,00 EUR  
 CD-Kaserne, Celle  
 Hannoversche Str. 30

**Mo. 22.10.2007, 20:00 Uhr**  
 Ska-Konzert  
 Es spielen: LOS KUNG FU MON-KEYS (skapunkltijuanalmexiko!). ROGUE STEADY ORCHESTRA (skalgtöttingen), WISECRACKER (skalskapunklhannover)  
 Eintritt: 4,00 EUR  
 Buntes Haus Celle  
 Hannoversche Str. 30f

**Sa. 03.11.2007, 20:00 Uhr**  
 Acoustic Night mit Kosho und Christina Lux  
 KOSHO ist als Mitglied der Söhne Mannheims durchgestartet und ist auch als erfolgreicher Solokünstler unterwegs. Er bewegt sich zwischen Pop und Jazz und steht als Geheimtipp ganz oben auf der Liste der Liebhaber dieser Musikstilrichtung.  
 CHRISTINA LUX tanzt zwischen Soul und Folk. Sie bezaubert mit charismatischer Performance, mit einer Stimme zwischen samtweichem Timbre und starkem Soulgesang und mit ihrem Gitarrenspiel, das lebendig von "funkigen Rhythmen" bis hin zu zart perlenden Akkorden die perfekte Begleitung für die innigen Songs bildet!  
 Eintritt: 12,90/14,00 EUR  
 CD-Kaserne, Celle  
 Hannoversche Str. 30

**So. 04.11.2007, 14:00 Uhr**  
 Einführung in die neue Dauerausstellung  
 Christian Wolpers  
 Gedenkstätte Bergen-Belsen

**So. 11.11.2007, 11:00 Uhr**  
 Erinnerungen an das Konzentrationslager Bergen-Belsen  
 Dr. Rosetta C. Musaph-Andriess berichtet aus ihrer Lebensgeschichte  
 Gedenkstätte Bergen-Belsen

### Ständige Termine:

**Attac-Plenum**  
 Jeden. 1. und 3. Do. im Monat  
 19.30 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie,  
 Spörckenstr. 63

### Ständige Termine:

**Arbeitskreis "Eine Welt"**  
 jeden Mi. 20.00 Uhr im Weltladen  
 (Zöllnerstrasse 29)

**Weltladen Öffnungszeiten:**  
 Di - Fr: 10-17 Uhr  
 Sa: 10 -14 Uhr

**AK Ausländer**  
 jeden 3. Mo. im Monat  
 18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

### Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne  
 hinten links Halle 12)  
 Hannoversche Str 30f  
 29221 Celle, Tel.: 907927

**Fahrradwerkstatt:**  
 jeden Mi. ab 19 Uhr

**Antifa-Café:**  
 jeden 1. Mi. im Monat, 19.00 Uhr

**Archiv**  
 jeden Do., 17-19 Uhr

**KDV-Beratung**  
 jeden Do., 17-19 Uhr

**Erwerbslosenini Celle**  
 Individuelle Hilfe bei Problemen mit dem ALG II  
 jeden Do., 17-19 Uhr

**Rick's Café**  
 Café-Termin von und für MigrantInnen  
 2. und 4. Di. im Monat 16 - 19 Uhr

**Plenum**  
 jeden Do. 19 Uhr

**Volxküche**  
 jeden So. 18 Uhr

**Forum gegen Atomenergie**  
 jeden 1. Di. im Monat, 20.00 Uhr